

Bei uns in **NRW**

Ausgabe 01/2020
www.cdu.nrw
Einzelpreis 2,50 €

*Das Magazin der
CDU Nordrhein-Westfalen*

Norbert Blüm

*Landesvorsitzender der CDU
Nordrhein-Westfalen von
1987 bis 1999*





#unverzichtbar
Digital sein & persönlich bleiben.

**„Das eRezept kommt –
in meine Apotheke
vor Ort.“**



EINFACH UNVERZICHTBAR.

Das elektronische Rezept kommt. Voraussichtlich 2021. Ganz ohne Papierkram. Für Sie. In allen Apotheken.

📍 Meine Apotheke vor Ort.

www.einfach-unverzichtbar.de



Liebe Verehrten und Leser,

sowohl für unser Land als auch für unsere CDU bringt das Jahr 2020 große Herausforderungen mit sich. Die größte ist sicherlich das Corona-Virus. Die Pandemie hat unsere Welt seit vielen Wochen fest im Griff und macht es schwer, überhaupt an andere Themen zu denken. Viele Menschen haben nicht nur mit der Krankheit selbst, sondern auch mit den Einschränkungen des öffentlichen Lebens und den Auswirkungen auf ihr Berufs- und Privatleben zu kämpfen. Viele – auch Unternehmen – leiden unter finanziellen Einbußen, andere unter sozialer Isolation und Einsamkeit. Bestimmte Berufsgruppen, beispielsweise im Gesundheitswesen, im Einzelhandel oder in der Logistik, sind besonders gefordert. Familien haben damit zu kämpfen, dass Schulunterricht und Kinderbetreuung nicht wie gewohnt stattfinden. Auf zahlreiche geliebte Aktivitäten müssen wir verzichten. Wir haben das Osterfest nur sehr eingeschränkt feiern können. Das Bild des Papstes auf dem leeren Petersplatz bleibt auf immer in unserer Erinnerung.

Das alles belastet uns sehr. Zugleich bin ich aber auch immer wieder davon beeindruckt, wie gut die Bürgerinnen und Bürger jeden Alters mit der schwierigen Situation umgehen. Sie bringen große Opfer, trotzen Problemen und Sorgen und engagieren sich, wo es nur geht, um die Krise zu bewältigen und das Land und ihre Nächsten zu schützen. Wieder einmal zeigt sich, dass wir auf den starken ehrenamtlichen Einsatz zählen können. Das ist gut so, denn trotz der herausragenden Arbeit in den Verwaltungen, bei der Polizei, den Feuerwehren und an den Schulen und Kindertagesstätten,

wäre unser Staat nicht dazu in der Lage, die Krise ohne die Mitarbeit so vieler Menschen in den Griff zu bekommen.

Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass wir große Herausforderungen bewältigen können. Ich bin mir sicher, dass Nordrhein-Westfalen und Deutschland auf einem guten Weg sind, um den Weg in eine verantwortungsvolle Normalität zu gehen. Das ist vor allem notwendig, um den Menschen zu helfen, die besonders unter der Krise zu leiden haben. Das ist aber auch deshalb wichtig, weil wir – auch wenn wir gerade gar nicht daran denken mögen – weitere Herausforderungen in unserem Land angehen müssen. Wichtig bleibt: Wir müssen für den Zusammenhalt unseres Landes eintreten, Junge nicht gegen Ältere ausspielen. Wir werden die drohende Wirtschaftskrise in Nordrhein-Westfalen in bewährter Sozialpartnerschaft gemeinsam bekämpfen.

Bleiben Sie nicht nur engagiert, sondern mit Blick auf die Zukunft auch zuversichtlich – das hat uns Christdemokraten immer schon ausgezeichnet. Einer, der das immer ausgestrahlt hat, war unser Freund Freund Norbert Blüm. Er bleibt uns Vorbild in all unserer Arbeit.

Bleiben Sie gesund! Ihr

Wolfgang Kerber

Inhalt



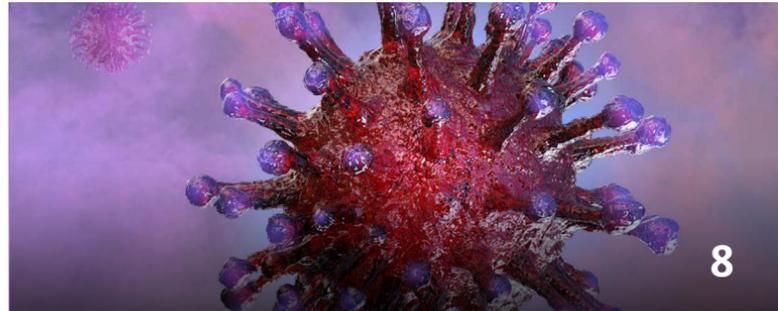
4



16



20



8

Laschet trifft

4 Bürgermeister Dr. Andreas Hollstein

Topthema

8 Gemeinsam gegen Corona:
Maßnahmen der NRW-Koalition

Gastbeitrag

13 Arbeitsbericht Kommunalbilanz:
„Nordrhein-Westfalen ist wieder da“ –
Ein Résumé von Ina Scharrenbach

Im Visier

20 100+X Tage „Walter und Eskia“

Rubriken

- 1 Vorwort
- 2 Impressum
- 3 Meldungen
- 16 Erster Landwirtschaftsgipfel mit
20 Verbänden: Ein Gastbeitrag von
Ulla Heinen-Esser
- 18 12 Fragen an Anna-Katharina Bölling
- 19 12 Fragen an Dr. Stephan Keller
- 22 Schlussgedanken: Hovenjürgens Ansage!

Zwischen den
Seiten 10 und 11
finden Sie eine neue
Ausgabe „Landtag
aktuell“.

Unter dieser Marke
berichtet die CDU-
Landtagsfraktion
regelmäßig über ihre
politischen Vorhaben
und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden
Sie Informationen über
aktuelle Vorhaben,
Initiativen und Anträge
der CDU-Fraktion im
nordrhein-westfälischen
Landtag.

Zum Tod von Norbert Blüm: „Er war das soziale Gewissen unseres Landes“



Foto: Laurence Chaperon

Die CDU Nordrhein-Westfalen trauert um Norbert Blüm. 16 Jahre lang – von 1982 bis 1998 – war er Arbeits- und Sozialminister unter Helmut Kohl. Von 1987 bis 1999 war er Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen. Am 23. April ist er nach einer schweren Krankheit in Bonn verstorben.

Unser Landesvorsitzender, Ministerpräsident Armin Laschet, erinnerte beim Trauergottesdienst in Bonn mit den folgenden

Worten an den großen Politiker: „Solidarität ist kein Luxus, sondern Existenzbedingung des menschlichen Lebens“, hat Norbert Blüm einmal gesagt.

Ich kenne keinen Politiker, der dies so gelebt hat, wie Norbert Blüm: Messdiener, St. Georgs-Pfadfinder, Ausbildung zum Werkzeugmacher, Jugendvertreter bei Opel Rüsselsheim, Gewerkschafter. Und dann der zweite Bildungsweg – jedermann weiß, wie schwer der Aufstieg durch Bildung ist. Studium der Philosophie, Germanistik, Geschichte und Theologie in Bonn, unter anderem bei Joseph Ratzinger. Im Betrieb hat er die Solidarität als Existenzbedingung des menschlichen Lebens erfahren, im Studium hat er die Katholische Soziallehre erlernt, in der Politik hat er beides umgesetzt. Selten geworden ist es heute, aus Prinzipien heraus Politik abzuleiten und zu erklären und im konkreten, täglichen Handeln umzusetzen.

Norbert Blüm hat das immer getan, über 30 Jahre im CDU-Bundesvorstand, fast 30 Jahre als Abgeordneter, 20 Jahre als Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, zwölf Jahre als Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen und 16 Jahre als Bundesminister. Er war das soziale Gewissen der Bonner Republik.

Wie kein anderer konnte er über diese Bonner Republik, über Bonn, den Rhein, über das Rheinland, Westfalen, Europa und die Welt reden.

Menschenwürde, die galt für ihn hier vor Ort und in der Welt. Wenn er die Menschenwürde gefährdet sah, konnte er jede diplomatische Etikette verlassen. Seine klaren Worte, die er mu-

tig General Pinochet ins Gesicht sagte, hallen bis heute nach. Ich kann mich an keinen vergleichbaren Vorgang erinnern.

Doch er war nicht nur ein Mann der Worte, sondern auch der Tat. Die Pflegeversicherung hat er durchgekämpft gegen anfänglich brachiale Widerstände. Sie sichert heute die Menschenwürde für Millionen Menschen.

Norbert Blüm konnte ernst sein und er konnte humorvoll sein wie kein anderer, er konnte streiten, er war schlagfertig. Er hat Spannungen ausgehalten und ausgelöst, weil er an seinen Prinzipien festhielt. Er war gradlinig und mutig. Immer stand er als gläubiger Christ auf der Seite derer, die Hilfe brauchten, er engagierte sich in beeindruckender Vielfalt und Intensität, beispielsweise für Flüchtlinge und für Kinder.

Norbert Blüm war ein Meister der Verständlichkeit, er hatte die Gabe, Dinge so auf den Punkt zu bringen, dass sie verständlich wurden. Man hörte ihm gerne zu, weil er anschaulich sprach, unterhaltsam, humorvoll. So brachte er die Politik näher zu den Menschen. Allein damit hat er der Demokratie einen großen, sonst viel zu seltenen Dienst erwiesen. Und natürlich war Norbert Blüm auch ein leidenschaftlicher Familienmensch, zudem fest verankert in der Stadt Bonn, seit er zum Studium hierhergekommen ist und seine spätere Frau kennengelernt hatte.

Es ist schmerzhaft, einen solchen Menschen zu verlieren, einen Menschen mit Herz und Haltung, einen Menschen, dem wir so viel zu verdanken haben, der nicht zuletzt das Bild der Bonner Republik über viele Jahre maßgeblich geprägt hat. Er gab ihr ein freundliches, offenes und menschliches Gesicht. Norbert Blüm hat gezeigt, dass Politik nicht den Charakter verdirbt, sondern ein guter Charakter Politik besser und menschlicher machen kann.

Norbert Blüm war ein großer Menschenfreund und Christ. Das war die Quelle seiner Kraft. Diese Quelle speiste das unglaubliche Engagement, das er über eine so lange Zeit für so viele andere geleistet hat. Und am Ende seines Lebens hat er sich wieder intensiv der Philosophie gewidmet.

Ich glaube, er würde sich am meisten wünschen: mehr Menschlichkeit. Ich höre geradezu seine unverwechselbare Stimme, wie er sagt: „Leute, das könnt Ihr auch!“

Mehr Menschlichkeit wagen, das ist vielleicht der beste Weg, das Gedächtnis an Norbert Blüm, diesen besonderen und herausragenden Menschen, wach zu halten.“

Impressum

Herausgeber:
CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
www.cdu.nrw

V.i.S.d.P.:
Generalsekretär Josef Hovenjürgen

Bild- und Textredaktion:
Katja Heins

Autoren:
Katja Heins, Lukas Miebach, Frank Rauer,
Günther Schuhmacher, Dr. Stephan
Terhorst, Henrik Bröckelmann

Redaktionsanschrift:
CDU Nordrhein-Westfalen
Redaktion „Bei uns in NRW“
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211 13600-0
Fax: 0211 13600-15
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu.nrw

Layout:
Designbüdchen
Patrick Schneider
Nelkenweg 12, 42489 Wülfrath
info@designbuedchen.de
www.designbuedchen.de

Druck und Versand:
Deutsche Post
E-POST Solutions GmbH
Hansestraße 2
37574 Einbeck

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Titelbild: Ralph Sondermann

A portrait of Dr. Andreas Hollstein, a middle-aged man with short brown hair and glasses, wearing a dark blue suit, a white shirt, and a blue patterned tie. He is sitting and gesturing with his hands while speaking. The background is a bright, out-of-focus interior with a window.

Laschet trifft...

...Bürgermeister Dr. Andreas Hollstein

Andreas Hollstein ist einer der bekanntesten Bürgermeister unseres Landes. Das liegt nicht nur daran, dass er seit mehr als zwei Jahrzehnten sehr erfolgreich die Geschicke seiner Heimatstadt Altena lenkt, sondern auch an seinen besonderen Verdiensten um die Flüchtlings- und Integrationspolitik. Die Stadt Altena nahm auch in einer sehr emotionalen und schwierigen Zeit nicht nur mehr Asylsuchende auf als vorgesehen, sondern verzichtete konsequent auf große Sammelunterkünfte. Stattdessen wurden die Menschen dezentral in Wohnungen untergebracht. Auf diese Weise wurde der Dialog mit den Einheimischen gefördert. Für sein besonderes Engagement wurde der promovierte Jurist 2017 mit dem Nationalen Integrationspreis durch Bundeskanzlerin Angela

Merkel ausgezeichnet. 2018 war er neben vier nominierten Personen und Organisationen aus Afrika, Asien, Arabien und Amerika europäischer Finalist für den international angesehenen Nansen-Flüchtlingspreis der Vereinten Nationen.

Von seinem offensiven Einsatz ließ sich Andreas Hollstein auch nicht durch zahlreiche Drohungen und ein Attentat, bei dem er mit einem Messer am Hals verletzt wurde, abbringen. Im Gegenteil: Bei der Kommunalwahl am 13. September 2020 tritt Andreas Hollstein bei der Oberbürgermeisterwahl in der Stadt Dortmund an. Armin Laschet hat mit ihm über die Bedeutung von kommunalpolitischem Engagement gesprochen.

Lieber Andreas Hollstein, Sie sind seit mehr als 20 Jahren Bürgermeister der Stadt, in der Sie 1963 geboren wurden und auch aufgewachsen sind. Hätten Sie das als Kind oder Jugendlicher mal gedacht?

Eigentlich nicht, weil Altena gefühlt immer schon von der SPD regiert wurde. Ich habe damals aber mal in ein Poesiealbum einer Mitschülerin geschrieben, dass ich gerne Stadtdirektor bei uns werden würde. Später stand ich eigentlich vor dem Sprung in die Wirtschaft. 1999 bin ich dann aber – bei derselben Wahl wie Oliver Wittke und Christof Sommer (in Gelsenkirchen bzw. Bestwig, Anm. d. Red.) – nach 30 Jahren SPD zum Bürgermeister gewählt worden.

Nach zwei Jahrzehnten im Amt haben Sie sich dazu entschieden, nicht mehr für das Amt als Bürgermeister von Altena zu kandidieren. Stattdessen treten Sie nun im nahegelegenen Dortmund als Oberbürgermeister an. Was hat Sie zu diesem Schritt bewogen?

Dies ist mein 21. Jahr als Bürgermeister von Altena. Ich denke, dass man nicht zu lange an einem Posten kleben und irgendwann auch mal Platz für einen Nachfolger machen sollte. Aber auch mich persönlich reizt es, mal etwas anderes zu machen. Die Anfragen, die mich nach meiner öffentlichen Ankündigung, nicht mehr anzutreten, erreichten, haben mich darin bestärkt. Ich hatte viele Ideen, was ich machen könnte – und dann kam die Anfrage aus Dortmund, dem Herzen Westfalens, quasi der Hauptstadt unserer Region. Für diese Stadt eine gute Zukunft zu gestalten, ist meiner Meinung nach jeden Versuch wert, und daran werde ich arbeiten.



Wie schätzen Sie Ihre Chancen ein?

Das wird natürlich nicht einfach. Die Stadt wird seit 1946 – nach weniger als einem Jahr unter dem CDU-Politiker und späteren Richter am Bundesverfassungsgericht Dr. Herbert Scholtissek – durchgängig von der SPD regiert. Die Grünen sind bei der Europawahl stärkste Kraft in Dortmund gewor-



den. Nicht jeder sieht mich also unbedingt als Favorit. Das hat man vor meiner ersten Wahl zum Bürgermeister aber schon mal von mir gedacht. Mit der Situation kann ich umgehen und ich freue mich darauf, die Menschen von meiner Arbeit zu überzeugen. Dortmund braucht diesen Wechsel nach all den Jahren umso mehr, für neue Ideen und mehr Transparenz.

Was muss man als Kommunalpolitiker tun, um erfolgreich zu sein?

Man muss mit den Menschen reden – das gilt in Dortmund genauso wie in Altena. Als einfacher Kandidat muss man deutlich machen, warum man den Vertrauensvorschuss verdient, den man braucht, um nach der Wahl durch gute Arbeit überzeugen zu können. Das erreiche ich nur, indem ich viel vor Ort unterwegs bin und das Gespräch suche. Das ist beispielsweise durch gute Basisarbeit möglich. Besonders wichtig ist vor einer Wahl für mich auch der Haustürbesuch. Konkret bedeutet das für mich – und auch meine Frau – das unser eigentlich in diesem Jahr geplanter Kanada-Urlaub an die Haustüren Dortmunds verlegt ist.

Man muss mit den Menschen reden – das gilt in Dortmund genauso wie in Altena.

Sie sprechen das Thema an: Was sagen Ihre Frau und Ihre vier Kinder dazu?

Meine Kinder sind zum Glück schon erwachsen und meine Frau trägt das mit – anders wäre meine Arbeit auch nicht möglich. Das gilt ja beispielsweise auch für die Anfeindungen von Rechts bis hin zu den Morddrohungen, die telefonisch und per Post bei uns Zuhause eingegangen sind.

bringt. Um Leute aber überhaupt erst zu dem Schritt in die Kommunalpolitik zu bewegen, muss man direkt auf sie zu gehen – das gilt sowohl für junge Leute als auch für Frauen oder Menschen mit Migrationshintergrund. Man muss die Leute bewusst ansprechen und ihnen konkrete Möglichkeiten zur Mitarbeit anbieten. Oftmals braucht es nur einen kleinen Schubs.

Sie sind 1982 in die Partei eingetreten. Was hat Sie damals dazu gebracht, sich in der CDU zu engagieren?

Zivilgesellschaftliches Engagement ist wichtig. Mit Blick auf Hass und Hetze vom Internet bis zum Fußballstadion gilt das heute vielleicht noch mehr als damals. Zwar muss natürlich auch der Staat durchgreifen, letztendlich muss sich aber jeder einzelne für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft einsetzen. Die CDU ist da für mich nach wie vor der richtige Ort. Wir sind und waren bereits zu Kohls Zeiten die Partei der Mitte und müssen diese auch weiter besetzen. Wir können auch heute noch an unsere Erfolge anknüpfen und vom Sozialen bis zum Mittelstand miteinander – nicht gegeneinander – um die besten Ideen streiten.

Was gefällt Ihnen an der Kommunalpolitik am meisten?

Die Verbindung zu den Menschen. Man ist jeden Tag in der Stadt unterwegs und bekommt ein direktes Feedback zu allem, was gut läuft und wo es Verbesserungsbedarf gibt. Vom Obdachlosen über die klassische Familie bis hin zum Unternehmer gibt es sehr unterschiedliche Anliegen, um die man sich kümmern muss. Man sieht die ganze Vielfalt des Lebens. Ich kann deshalb nur dafür werben, kommunalpolitisch tätig zu sein.

Vielen Dank für das spannende Gespräch. Für die Kommunalwahl drücke ich Ihnen die Daumen und wünsche gutes Gelingen!

„ Ich bin Sportler. Wenn mir jemand quer kommt und unfair spielt, dann versuche ich erst recht zu gewinnen. “

Viele Bürgermeister erhalten verbale Drohungen. Sie sind im November 2017 aber auch körperlich angegriffen worden. Hatten Sie danach Zweifel, ob Sie als Bürgermeister weitermachen sollen?

Eigentlich nie. Ich bin Sportler. Wenn mir jemand quer kommt und unfair spielt, dann versuche ich erst recht zu gewinnen.

Glauben Sie, dass solche Vorfälle Nachwuchspolitikern abschrecken?

Ich hoffe nein! Ich denke, dass es diese Mentalität bei vielen Kommunalpolitikern gibt. Das größere Problem bei der Nachwuchsfindung ist in der Kommunalpolitik meiner Meinung nach die mangelnde Familienfreundlichkeit. Viele, die in ihren 30ern oder 40ern gerne in die Kommunalpolitik einsteigen würden, haben Kinder. Da muss man dann schon gut organisieren, um das unter einen Hut zu bringen – das gilt insbesondere für Frauen.

Wie können wir mehr Menschen dazu bringen, sich bei uns zu engagieren?

Mit Blick auf die Familie muss es beispielsweise zur Selbstverständlichkeit werden, dass man auch mal sein Kind mit zu einer Sitzung



Gemeinsam gegen Corona



Foto: Mark Hermerau

Massive Ausweitung der medizinischen Kapazitäten, der größte Rettungsschirm in der NRW-Landesgeschichte für die Wirtschaft, die schrittweise Öffnung von Schulen und Einzelhandel:

Die Landesregierung unternimmt in diesen Zeiten alles Menschenmögliche, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Gleichzeitig müssen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise minimiert werden. Auf den folgenden Seiten finden Sie die wichtigsten Maßnahmen und Verordnungen.

Da wir uns in einem dynamischen Prozess befinden, können alle Verantwortlichen nur von Tag zu Tag und Woche zu Woche schauen, wie sich die Lage entwickelt – das kann auch bedeuten, dass morgen schon wieder Anpassungen stattfinden müssen.

Wirtschaft und Finanzen

- Am 24. März beschließt der NRW-Landtag den größten Rettungsschirm in der NRW-Landesgeschichte: 25 Milliarden Euro stehen zur Rettung der Wirtschaft bereit
- Erweiterung des Rettungsschirms Ende April um weitere 10 Milliarden Euro für öffentliche und soziale Infrastruktur wie Flughäfen, Häfen, Verkehrsbetriebe, Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime sowie für die Liquidität der Kommunen
- Soforthilfen des Bundes für Kleinunternehmer sowie Solo-Selbstständige und Freiberufler (bis zu zehn Beschäftigte): Diese Zuschüsse ergänzt das Land NRW mit Soforthilfen für Kleinunternehmen, um Engpässe in Betrieben mit zehn bis 50 Mitarbeitern zu überbrücken
- Weitere Maßnahmen: Steuererleichterungen und Fristverlängerungen
- Liquiditätssicherung zusammen mit KfW, NRW.Bank, der Bürgschaftsbank NRW und Landesbürgschaften

- Anträge auf NRW-Soforthilfe 2020 sind nach einem Sicherheitsupdate ab 17. April wieder möglich unter <https://soforthilfe-corona.nrw.de>. Insgesamt haben bis Ende April knapp 400.000 Betroffene Hilfe erhalten
- 26. April: Weitere steuerliche Liquiditätsentlastungen von rund einer Milliarde Euro für Unternehmen in Nordrhein-Westfalen
- Der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags beschließt: Für die Bewältigung der Corona-Krise erhalten die Unikliniken mehr als 100 Millionen Euro zusätzlich. Mit dem Geld können Laborgeräte und Testmaterialien angeschafft werden

Arbeit, Gesundheit und Soziales

- Soforthilfe von 150 Millionen Euro für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen
- Start des Virtuellen Krankenhauses Ende März: Hier können Arztpraxen oder Krankenhäuser auf das Know-how der Intensivmedizin der Unikliniken Aachen und Münster zurückgreifen

- Rund 170 Millionen Schutzmasken wurden in Auftrag gegeben. Bisher verteilt an Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Eingliederungshilfe: mehr als sechs Millionen OP-Masken, knapp 900.000 Atemschutzmasken, rund 40.000 Schutzanzüge und Kittel, eine Million Schutzhandschuhe sowie rund 300.000 Testsets
- Forschungsprojekt „Covid-19-Case-Cluster-Study“ in Heinsberg unter dem renommierten Virologen Prof. Dr. Hendrik Streeck
- Notfallpaket für die Akutversorgung von Obdachlosen in Höhe von 500.000 Euro
- 29 Millionen Schutzmasken „made in NRW“: Gesundheitsministerium vergibt Anfang April Auftrag an Bielefelder Unternehmen. Bis Juli werden täglich 320.000 Mund-Nasen-Schutzmasken an die Landesregierung geliefert
- Weitere zwei Millionen Euro für Telemedizin in der ambulanten Patientenversorgung
- Verabschiedung Epidemiegesetz am 14. April, das der Landesregierung im Notfall schnelle Handlungsmöglichkeiten einräumt
- Europäische Nachbarschaftshilfe: Patienten aus Italien und Frankreich werden erfolgreich in Nordrhein-Westfalen behandelt
- Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales vereinfacht den Zugang zu Berufserlaubnissen für ausländische Ärztinnen und Ärzte
- Maskenpflicht im ÖPNV, Einzelhandel und Arztpraxen ab 27. April
- Wiederaufnahme von Gottesdiensten und Religionsversammlungen ab Anfang Mai
- Bundesinnenministerium und NRW-Gesundheitsministerium entwickeln neues Online-Verfahren für Entschädigung bei Verdienstaussfällen wegen Quarantäne oder Tätigkeitsverbot: www.ifsg-online.de

Alle Infos zu Corona-Zahlen, Daten und Fakten finden Sie auf der Homepage des Gesundheitsministeriums unter www.mags.nrw

Schule und Bildung

- Sicherung der vollständigen Weiterfinanzierung der Ganztagsangebote in Schulen durch Land und Kommunen
- Schrittweise Öffnung der Schulen ab 23. April für Prüflinge, mit dem Angebot seitens der Lehrer, sich dort freiwillig und gemeinsam auf das Abitur vorzubereiten
- Weitere Klassen ab 7. Mai zugelassen
- Vermittlung von einer Million Schutzmasken und mindestens 20.000 Litern Desinfektionsmittel
- 28. April: Die Kultusminister verständigen sich auf eine schrittweise Wiederöffnung, sodass alle Schüler bis zu den Sommerferien zeitweise die Schule besuchen können

Weitergehende Informationen sind unter www.schulministerium.nrw.de zu finden

Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung

- Schulterschluss Bauministerium und Wohnungswirtschaft: Ministerin Ina Scharrenbach und Vertreter von VdW Rheinland Westfalen, BFW Nordrhein-Westfalen und Haus & Grund Rheinland Westfalen fordern Hilfe vom Bund in Form eines Sicher-Wohnen-Schutzpakets für Mieter, die nicht mehr zahlungsfähig sind
- 1,5 Millionen Euro zusätzlich zum Schutz gewaltbetroffener Mädchen und Frauen – die Landesregierung hält auch in Zeiten von Corona schützende Hand über Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen
- Nordrhein-Westfalen und Bayern rufen „Hilfetelefon Gewalt an Männern“ ins Leben, Tel.: 0800 123 9900

Kinder, Familie, Jugend

- Sicherung der vollständigen Weiterfinanzierung der Kindertagesbetreuung durch Land und Kommunen
- Aussetzung von Elternbeiträgen im April und Mai
- Sicherung von Notbetreuung in Kitas mit anschließender Ausweitung auf weitere Berufsgruppen
- Finanzielle Unterstützung von freien Trägern und Verbänden der Kinder und Jugendhilfe
- Einrichtung einer Krisenhotline für Alleinerziehende
- 28. April: Familienminister der Länder empfehlen behutsame Öffnung der Kitas in den nächsten Wochen

Innen und Justiz

- Verbot von Ansammlungen in der Öffentlichkeit von mehr als zwei Personen ab 22. März
- NRW führt als erstes Bundesland einen Bußgeldkatalog bei Verstoß gegen Ordnungswidrigkeiten der Corona-Maßnahmen ein. Zu den Ordnungswidrigkeiten gehören zum Beispiel Picknicken und Grillen in der Öffentlichkeit – es werden 250 Euro fällig. Bei Zusammenkünften von mehr als zwei Personen in der Öffentlichkeit, muss jede Person 200 Euro Bußgeld bezahlen. Bei Wiederholungsfällen können bis zu 25.000 Euro Bußgeld verhängt werden.
- Gewährung des zeitweisen Strafaufschubs und begrenzter Strafunterbrechung

Sport und Ehrenamt

- Weitere Hilfen für Sportvereine in Höhe von 10 Millionen Euro aus dem Rettungsschirm
- Drei Millionen Euro Zuschüsse für Übungsleiter
- Eine Million Euro für das Ehrenamt: Unterstützung für Hilfsangebote der Freiwilligenagenturen, Nachbarschaftsinitiativen und Vereine vor Ort für Ältere und Vorerkrankte
- Ausbau der digitalen Aus-, Fort- und Weiterbildung: Mit 60.000 Euro können notwendige Lizenzen für entsprechende

Video-Konferenztools erworben werden, um den Aufbau von Qualifizierungen per Video zu fördern

Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

- Gemeinsames Engagement von Land und Bund für den Einsatz zusätzlicher Erntehelferinnen und Erntehelfer
- 840.000 Euro für die Unterstützung der Tafeln in den kommenden drei Jahren für den Aufbau von regionalen Tafel-Logistikzentren in Nordrhein-Westfalen. Tafeln sind in diesen Zeiten stark betroffen und stehen vor besonderen Herausforderungen – ausbleibende Lebensmittelspenden auf der einen und fehlende Lager- und Logistikkapazitäten auf der anderen Seite. Aufruf an Hotels und Unternehmen mit freien Lagerkapazitäten, sich bei den Tafeln zu melden
- Unterstützung für Tierheime und Gnadenhöfe. Insgesamt werden 400.000 Euro für Futter freigegeben
- 11,8 Millionen Euro Unterstützung für nordrhein-westfälische Zoos in Corona-Zeiten

Verkehr und Infrastruktur

- Kostenlose Leihwagen/Mietwagen für Beschäftigte in Akut-Krankenhäusern, Dialysezentren oder auch Psychiatrien, die den ÖPNV nicht nutzen können oder kein Auto besitzen
- Sicherung der Versorgung von LKW-Fahrern an Raststätten mit To-Go-Angeboten und warmen Gerichten
- Liquiditätsprobleme bei Busunternehmen verhindert: Land beschließt finanzielle Unterstützung in Höhe von 130 Millionen Euro

Kultur und Wissenschaft

- Semesterstart von Mitte März auf den 20. April verschoben
- Fünf Millionen Euro Corona-Soforthilfe für freischaffende, professionelle Künstlerinnen und Künstler, die durch die Absage von Engagements in finanzielle Engpässe geraten
- Landesregierung stellt Hochschulen 20 Millionen Euro Corona-Soforthilfe für schnellere Digitalisierung zur Verfügung: Das bedeutet zusätzliche Mittel für Technik-Infrastruktur sowie Hard- und Software, damit das „Online-Semester“ mit virtuellen Seminaren und Vorlesungen problemlos laufen kann

Europa und Internationales

- Grenzüberschreitendes Krisenmanagement zwischen Nordrhein-Westfalen, den Niederlanden und Belgien zur Synchronisierung der Aktivitäten gegen das Corona-Virus: Auf Initiative von Ministerpräsident Armin Laschet wurde eine Cross-Border Task Force Corona ins Leben gerufen. Das Ziel: Austausch von Informationen und konzertiertes Vorgehen
- Grenzen zu den Niederlanden und Belgien bleiben geöffnet
- Verordnung für Ein- und Rückreisende am 10. April: Personen, die mehr als 72 Stunden im Ausland waren, müssen 14 Tage in Quarantäne. Ausgenommen davon sind unter anderem Grenzpendler, die berufsbedingt die Grenze passieren müssen

ALLE ZAHLEN, DATEN UND FAKTEN STAND 28. APRIL

Trauer um den langjährigen Vorsitzenden der Senioren-Union Leonhard Kuckart

Leonhard Kuckart ist Ende April verstorben. Wir erinnern an den langjährigen Vorsitzenden der Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen. Er wurde 88 Jahre alt.

1980 zog Leonhard Kuckart in den Landtag von Nordrhein-Westfalen ein. Bis zu seinem Ausscheiden im Jahr 2000 galt sein besonderes Augenmerk der Förderung des Sports. Er brachte zahlreiche parlamentarische Initiativen, auch im Kulturbereich, auf den Weg.

Von April 2000 bis November 2018 war er stellvertretender Bundesvorsitzender der Senioren-Union Deutschlands und von Juli

2002 bis Juni 2018 Vorsitzender des stärksten Landesverbandes der Senioren-Union. Die CDU unterstützte er mehr als vierzig Jahre auf Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene.

Immer wieder kämpfte Leonhard Kuckart gegen Altersdiskriminierung. Für seine ehrenamtliche Arbeit wurde er 2018 mit der Konrad-Adenauer-Medaille der Senioren-Union ausgezeichnet.

Im Januar 2019 verlieh ihm Ministerpräsident Armin Laschet für sein großes Engagement im Namen des Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz am Bande. ■

LANDTAG aktuell

AKTUELLE INFORMATIONEN, NACHRICHTEN UND ANTRÄGE

CDU
NRW Fraktion



LANDTAG aktuell: Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

TOP-THEMA

Demokratie sichern in Zeiten der Krise

Die Corona-Krise hat unser Land vor eine noch nie dagewesene Herausforderung gestellt. Den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen wird viel abverlangt. Dennoch haben sie sich solidarisch und verantwortungsvoll an die von Land und Bund ausgegebenen Regelungen gehalten.

Auch das politische Leben im Landtag von Nordrhein-Westfalen hat sich in dem Zuge verändert. Seit dem 17. März 2020 ist es auf den Fluren ruhig geworden: Das Gemurmel durch die zahlreichen Besuchergruppen, das Treiben von Journalisten und Politikern, vollbesetzte Sitzungssäle sowie das Leben an der Kaffeebar in der Bürgerhalle sucht man vergebens. Doch auch wenn es im Gebäude still ist, ruht die parlamentarische Arbeit nicht – ganz im Gegenteil. Täglich arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Abgeordneten weiter für unser Nordrhein-Westfalen – jedoch oftmals von zu Hause aus. Das Parlament ist auch während der größten Krise des Landes das wichtigste Verfassungsorgan und unverzichtbar für die Demokratie.

Wie bei vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Nordrhein-Westfalen verlagert sich ein Großteil der Parlamentarischen Arbeit nach Hause – Home-Office auch bei der CDU-Fraktion. Arbeitskreissitzungen und Fraktionssitzungen wer-

den beispielsweise in digitalen Meetingräumen oder per Telefonkonferenz abgehalten. Auch die Abgeordnetenbüros haben sich schnell organisiert und können ihre Arbeit von zu Hause aus erledigen. Die zahlreichen Anfragen von besorgten Bürgern können auf diese Weise so zeitnah wie möglich per Email oder Telefon bearbeitet werden.

Ein funktionierender Parlamentsbetrieb braucht aber auch die persönliche Anwesenheit von Abgeordneten und Fachreferenten, beispielsweise für Plenarsitzungen oder Ausschusssitzungen. Auch hier wird auf entsprechende Sicherheits- und Hygienemaßnahmen geachtet. Für die Ausschusssitzungen werden möglichst großzügige Sitzungsräume genutzt, um so den erforderlichen Mindestabstand von 1,5 Metern sicherzustellen. Abstimmungen erfolgen in Fraktionsstärke. Das bedeutet, dass trotz minimierter Anzahl an Abgeordneten die Stimmenverteilung der Fraktionen bestehen bleibt. Auch bei den beiden Sondersitzungen zum 25 Mrd. Euro Rettungsschirm und dem Pandemiegesetz fanden die Plenarsitzungen mit weniger Abgeordneten statt. Darauf hatten sich die Fraktionen im Vorfeld geeinigt. Die anderen Fraktionsmitglieder verfolgten die Sitzungen vor dem Livestream.

Dieser Landtagsalltag ist ungewöhnlich, aber er zeigt, dass das Parlament in dieser Krisenzeit auf Hochtouren läuft und handlungsfähig bleibt.



Foto: CDU-Fraktion

NRW-RETTUNGSPAKET

Seite an Seite mit den Menschen und der Wirtschaft in NRW

Wir stehen an der Seite der Menschen und der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Am 24. März hat der nordrhein-westfälische Landtag den NRW-Rettungsschirm für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen mit einem ersten Nachtragshaushalt auf den Weg gebracht. Innerhalb eines Tages wurde in 1., 2., und 3. Lesung das Sondervermögen bewilligt. Die NRW-Koalition handelt zeitnah, um die Unternehmerinnen und Unternehmer in NRW schnell und unbürokratisch zu unterstützen.

Mit einem Volumen von 25 Mrd. Euro ist es das größte Rettungsprogramm seit der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen 1949, geschnürt um die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Wirtschaft abzufedern. Von dem NRW-Rettungsschirm profitieren Solo-Selbstständige, Existenzgründer, das Handwerk und der Mittelstand sowie Großunternehmen.

So verschafft die NRW-Koalition den Unternehmen Luft, um diese Krise zu überstehen und unzählige Arbeitsplätze zu sichern. Dabei geht es unter anderem um Bürgschaften, Steuerstundungen, die Herabsetzung von Steuervorauszahlungen und ganz konkrete Auszahlungen, wie beispielsweise die NRW-Soforthilfe 2020. In einem Kraftakt haben die Mitarbeiter der

Bezirksregierungen in freiwilliger Wochenendarbeit allein in den ersten 44 Stunden 100.000 Anträge bewilligt, damit das Geld schnell dort ankommen konnte, wo es gebraucht wurde. Zudem hat die NRW-Koalition im April-Plenum einen Antrag zur Verbesserung der Soforthilfe eingebracht. Sie muss auch an den coronabedingten substantiellen Umsatzeinbrüchen der Betroffenen ausgerichtet werden oder über ein Optionsmodell sicherstellen, dass Solo-Selbstständige eigenständig entscheiden dürfen, ob sie den Zuschuss zur Sicherung der Lebensunterhaltungskosten verwenden, oder auf die Grundsicherung zurückgreifen wollen. In einem weiteren Schritt geht es im Parlament um einen zweiten Nachtragshaushalt, der mit 10 Mrd. Euro aus dem Rettungsschirm die öffentliche und soziale Infrastruktur, wie beispielsweise Häfen, Flughäfen oder Krankenhäuser und die Kommunen unterstützt.

Das Land hat Hilfen auch für Kulturschaffende, Tierheime, Obdachlose, das Ehrenamt, den Sport und viele weitere bereitgestellt. Wir tun alles, die Auswirkungen der Krise für die Menschen in Nordrhein-Westfalen abzumildern und den großen Herausforderungen, die durch die Corona-Pandemie entstehen, gemeinsam zu begegnen und in eine verantwortungsvolle Normalität zurückzukehren.

NRW KANN DAS

Gemeinsam durch die Krise

Wir sind gemeinsam stark in Nordrhein-Westfalen. Die Menschen im Land zeigen Solidarität. Es gibt viele Aktionen, Kampagnen und Hilfen, die während der Corona-Pandemie gestartet wurden. Ein schönes Gefühl, dass wir uns als Gesellschaft solidarisch zeigen und für diejenigen da sind, die Unterstützung brauchen.



In einer Zeit, in der persönlicher Kontakt stark eingeschränkt ist, in der wir unsere Großeltern oder sogar unsere Eltern nicht besuchen können, wird das Telefon für viele besonders wichtig. Mal eben anzurufen, oder auch per Videochat mit den Liebsten in Kontakt zu treten, ersetzt zwar keine Umarmung, aber es ist zumindest eine Möglichkeit sich auszutauschen und zu zeigen, dass wir aneinander denken. Kleine Geschenke vor den Türen unserer Familienmitglieder, die wir gerade nicht besuchen können, Briefe, oder andere Aufmerksamkeiten zeigen, dass wir gemeinsam und nicht einsam durch diese Krise gehen und auch an diejenigen denken, die gerade wirklich allein sind.

Ein großes Zeichen der Solidarität ist die Nachbarschaftshilfe. Viele gehen für ältere oder kranke Menschen oder für andere Risikogruppen einkaufen und machen Erledigungen. Verschiedene Organisationen und Nachbarschaftsportale haben Plattformen geschaffen, auf denen sich diejenigen registrieren können, die für andere einkaufen wollen, Masken für ihre Mitmenschen nähren möchten oder ihre Hilfe in anderen Bereichen zur Unterstützung anbieten können.

Doch es geht nicht nur um emotionale Solidarität, sondern auch darum, tatkräftig zu unterstützen, wo es nötig ist, sei es als Erntehelfer oder indem wir bewusst den lokalen Einzelhandel und die Restaurants vor Ort unterstützen.

In dieser Zeit müssen wir auch an die Menschen ohne ein Dach über dem Kopf denken. Es gibt eine Soforthilfe für die Versorgung von obdachlosen Menschen. 500.000 Euro sind dafür vorgesehen, dass die freien Träger die Menschen, die auf der Straße leben, mit Lebensmitteln, Essensgutscheinen, Hygieneartikeln oder Kleidung versorgen können. Das Geld kommt aus der Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE“.

Nicht nur innerhalb Nordrhein-Westfalens zeigen wir uns solidarisch, sondern auch innerhalb Europas. Das Land hat mit den Niederlanden und Belgien eine „Cross-Border Task Force Corona“ für den Informationsaustausch ins Leben gerufen und nimmt aus Italien, den Niederlanden und Frankreich Patienten auf, um diese bestmöglich zu behandeln.

Wenn man durch die Straßen in Nordrhein-Westfalen geht, fallen einem immer mehr Fenster auf, die mit Regenbögen geschmückt sind. Dies ist eine Nachricht von Kindern für Kinder. Gegen das Alleinsein und gegen die Langeweile. Meistens gehen die Regenbögen mit Nachrichten einher wie „Alles wird gut“ oder „Du bist nicht alleine“.

Das waren nur einige Beispiele für Solidarität, die wir als CDU-Fraktion Nordrhein-Westfalen unterstützen – denn diese Situation erfordert Abstand und trotzdem mehr Zusammenhalt als jemals in der Geschichte des Landes.

WIR UNTERSTÜTZEN UNSER VEREINSWESEN

Die Seele der Gesellschaft



Foto: Ann-Kathrin Scheufeldt-Küsters

Cranger Kirmes abgesagt, Paderborner Libori-Fest abgesagt, Flachsmarkt abgesagt. Das sind nur ein paar Beispiele für zahlreiche weitere Volks- und Heimatfeste, die aufgrund der Corona-Pandemie dieses Jahr entfallen müssen. Sie schüttelt nicht nur die Wirtschaft und Politik ordentlich durch. Auch das kulturelle und gesellschaftliche Leben ist ins Stocken geraten.

Die Maßnahmen, um die Verbreitung des Virus zu verlangsamen, machen auch vor der Vereinslandschaft in Nordrhein-Westfalen nicht Halt. Rund 6 Mio. Menschen sind freiwillig gesellschaftlich vor Ort engagiert. Dieses Engagement ist unbezahlbar.

Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens zehren auch am Vereinswesen in unserem Land. Oftmals sind gerade größere Veranstaltungen, wie zum Beispiel Heimatfeste eine Haupteinnahmequelle für die ehrenamtlich organisierten Vereine. Diese sind aufgrund des Verbots von Großveranstaltungen bis zum 31. August nicht möglich. Daher entfallen Einnahmen für die Vereine. Gleichzeitig bleiben diese auf Kosten sitzen, denn Vereinsheime müssen unterhalten, Mieten entrichtet und andere Fixkosten getragen werden.

Die NRW-Koalition steht an der Seite der Ehrenamtlichen.

Wir wollen, dass dieses Engagement und die Vielfalt der Brauchtums-, Heimat-, und Traditionsvereine in Nordrhein-Westfalen diese schwierige Zeit übersteht und dass nach der Corona-Pandemie das für unsere Gesellschaft so wichtige Vereinsleben wieder voll aufgenommen werden kann.

Daher haben wir ein Soforthilfeprogramm für Heimat und Brauchtum auf den Weg gebracht, das unbürokratisch den Vereinen vor Ort helfen wird.

Unser kommunalpolitischer Sprecher

Guido Déus betont: „Das bürgerschaftliche Engagement prägt Nordrhein-Westfalen und macht unser Land stark. Es sind auch die vielen Heimat- und Brauchtumsvereine, die derzeit ihre jeweiligen Strukturen nutzen, um Nachbarschaftshilfen, etc. vor Ort zu organisieren, um den Menschen ‚Nähe trotz Distanz‘ vorzuleben. Nun gilt es sicherzustellen, dass unser starkes Ehrenamt mit seinen Strukturen die Krise übersteht, denn es ist unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“



Unser Beauftragter für das Ehrenamt

Björn Franken sagt dazu: „Das Vereinswesen ist so etwas wie die Seele der Gesellschaft. Diese leidet sehr stark unter den Folgen der Corona-Krise. Wir benötigen ein zügiges, ordnungsgemäßes Verfahren, um den ehrenamtlich tätigen Menschen ihre Arbeit weiterhin zu ermöglichen. Kredite helfen ihnen nicht, wir benötigen unbürokratische Zuschüsse.“



KOMMUNIKATIONSWEGE IN DER KRISE

Social Media und die Bedeutung in Zeiten der Corona-Krise

#wirbleibenzuhause, #Abstand, #flattenthecurve, #NRWkannDas #SocialDistancing – das sind Hashtags, die während der Coronakrise von Tausenden in den Sozialen Medien genutzt werden. Sie zeigen damit: Wir vermeiden unnötige Kontakte, wir bleiben zuhause, wenn es eben geht, wir verhalten uns besonnen, um die Verbreitung des Corona-Virus einzudämmen und unsere Mitmenschen zu schützen.

Auch ein großer Teil der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen arbeitet im Home-Office. Die Digitalisierung und die Sozialen Medien werden zu einem der wichtigen Faktoren der Kommunikation mit den Menschen in Nordrhein-Westfalen. Auf diese Weise lässt sich der Dialog auch auf Abstand aufrechterhalten. Verlässliche Informationen sollen ihren Weg direkt zu den Bürgerinnen und Bürgern nach Hause finden. Netzwerke, wie Facebook, Twitter und Instagram werden in der Krise stärker genutzt, um sich zu informieren. Seriöse Betreiber haben das Ziel Informationen in den Sozialen Medien schnell und verständlich darzustellen. Als Fraktion ist es für uns wichtig, als vertrauenswürdige Quelle und Ansprechpartner zu

wirken und nicht denen das Feld zu überlassen, die bewusst Falschmeldungen streuen oder parteipolitische Spielchen mit der Unsicherheit der Menschen spielen. Wir fungieren, ähnlich wie andere Medienmacher als Vermittler, der entscheiden muss, welche Informationen in welchem Moment so wichtig sind, dass sie online gehen. Damit werden die Sozialen Medien selbst zu einer tagesaktuellen Nachrichtenplattform, mit ähnlichen Mechanismen und einer speziellen Verantwortung.

Gerade in der Krise haben wir als Politik die Aufgabe, die Menschen ernsthaft und trotzdem verständlich zu informieren, ihre Fragen zu beantworten und manchmal auch einfach für sie da zu sein. Seit Beginn der Corona-Pandemie hat die NRW-Koalition in nie da gewesener Weise Maßnahmen ergriffen, um das Virus einzudämmen, die Krankenhauskapazitäten zu vergrößern und damit die Menschen in Nordrhein-Westfalen zu schützen. Die Erfordernisse für Parlament, Landesregierung und jeden, der in der Krise Verantwortung übernimmt, schnell und trotzdem besonnen zu reagieren, spiegelt sich in den Sozialen Medien als viel genutzte Kommunikationskanäle wider.



Die Woche für NRW

98,2 Prozent aller Unternehmen in NRW haben Zugang zu der NRW-Soforthilfe.

Ausnahmeregelung für die Einreise von Erntehelfern.

Auch NRW-Kommunen sind nun unter dem 25 Mrd. Euro NRW-Rettungsschirm.

Weitere Unterstützungsmaßnahmen für Start-ups und Gründer.





Foto: Adobe Stock

„ENKELTRICK“ DEN RIEGEL VORSCHIEBEN

Keine Chance für Betrüger

Sie lügen, betrügen und versuchen die Krise für ihre kriminellen Machenschaften zu nutzen. Trickbetrüger setzen auch in Zeiten von Corona auf die Freundlichkeit älterer Menschen, um diese zu bestehlen. So gaben sich Anrufer am Telefon als Verwandte aus, die an dem Covid-19-Virus erkrankt seien und für eine Behandlung finanzielle Unterstützung bräuchten. Das Geld oder die Wertgegenstände würden von einem Freund des angeblichen Enkels abgeholt werden.

Noch dreister waren Betrüger, die sich als Mitarbeiter der örtlichen Gesundheitsämter ausgegeben haben und an Haustüren klingelten, um Corona-Tests durchzuführen. Die Täter versuchten so sich Zutritt zu den Wohnungen ihrer Opfer zu verschaffen, um sie dann auszurauben.

Leider sehen es Trickbetrüger immer wieder auf die Älteren unserer Gesellschaft ab. Wir kennen dieses Phänomen und werden alles tun, dem einen Riegel vorzuschieben. Der Rechtsstaat ist auch in Krisenzeiten wehrhaft und mit unserer Null-Toleranz-Strategie gehen wir konsequent

gegen Kriminelle vor. Die NRW-Koalition hat einen Antrag in den Landtag Nordrhein-Westfalen eingebracht, um den Betrügern keine Chance mehr zu geben.

Dabei geht es darum, den Betrugsmaschen, wie den sog. Enkeltrick, Schockanrufen oder falschen Polizisten, vorzubeugen und potenzielle Opfer besser zu schützen.

Wir möchten Kooperationen mit Banken, Ärzten und Apotheken schaffen, die mögliche Opfer von Betrug frühzeitig warnen. So kann beispielsweise der Bankangestellte in Sachen Trickbetrug informieren und im Ernstfall die betrogene Person beim Geldabheben vor der dreisten Abzocke bewahren. Des Weiteren sollen die Präventionsprojekte der Polizei in unserem Land weiter ausgebaut werden.

Wir wollen unsere Gesellschaft für solche Trickbetrügereien sensibilisieren. Es ist die Aufmerksamkeit, Verantwortung, Courage eines Jeden gefragt, damit wir unsere Eltern und Großeltern vor Betrügern schützen können.

NULL-TOLERANZ-POLITIK ZEIGT WIRKUNG

Kriminalität auf dem niedrigsten Stand seit 30 Jahren

Nordrhein-Westfalen geht sicherer - das hat die NRW-Koalition seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2017 stetig bewiesen. Dieser Trend setzt sich fort, wie die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik 2019 belegen. Die Null-Toleranz-Strategie der NRW-Koalition zeigt somit Wirkung.



Es bleibt aber noch viel zu tun: Der Anstieg der Betäubungsmitteldelikte ist ein Problem. Ein großer Schwerpunkt liegt nach den schrecklichen Erkenntnissen von Lüge im vergangenen Jahr auf dem Bereich Kinderpornografie und Kindesmissbrauch. Durch die verstärkten

Ermittlungen werden von den Behörden mehr Straftaten erfasst, aber auch mehr Tatverdächtige ermittelt. Besonders im Blick haben wir aber auch die Anzahl der Taten gegen ältere Menschen – besonders die Betrugsdelikte beispielsweise mit dem „Enkeltrick“.

INTERVIEW

„Entschlossen und konsequent – unsere Strategie zeigt Wirkung“



Foto: CDU-Fraktion

Gregor Golland ist leidenschaftlicher Innenpolitiker und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag. Wo er Handlungsbedarf und wo er bereits Erfolge der Null-Toleranz-Strategie der NRW-Koalition sieht, erzählt er im Interview.

Die Morde von Hanau, der Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz, die Taten vor der Synagoge in Halle: Ist Deutschland unsicherer geworden?

Gregor Golland: Im Gegenteil. Solche Taten stehen natürlich besonders im Fokus. Die Statistik belegt aber, Nordrhein-Westfalen ist so sicher wie seit 30 Jahren nicht mehr. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen nehmen in ihrer Komplexität und Ausprägung zu. Wir erleben heute Taten, die vor Jahren noch undenkbar waren.

Abseits der Statistiken, wie steht es um das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger?

Golland: Das stimmt, Statistik ersetzt nicht subjektive Eindrücke und Gefühle. Hier ist unter der rot-grünen Landesregierung viel Vertrauen in den Rechtsstaat verloren gegangen. Das Sicherheitsgefühl wird sich nachhaltig verbessern, wenn sich die objektiven Zahlen dauerhaft positiv entwickeln. In NRW spüren die Menschen bereits die neue Null-Toleranz-Linie gegen Kriminalität.

Was hat die NRW-Koalition denn konkret unternommen, um die Sicherheit in unserem Land zu stärken?

Golland: Die Liste ist lang, ich nenne vier Bereiche: Erstens: Die Verbesserung der personellen Lage durch Rekordzahlen von Neueinstellungen bei Polizisten, Justizbeamten, Staatsanwälten, Richtern und Verwaltungsmitarbeitern. Zweitens: Die Verbesserung der materiellen Lage durch Schutzhelme, Schutzwesten, neue Einsatzfahrzeuge, Smartphones, Bodycams. Drittens: Die Verbesserung der gesetzlichen Kompetenzen. Die Verabschiedung des Polizei-

gesetzes bringt uns auf eine ganz neue rechtliche und praktische Handlungsebene. Das war ein Meilenstein, den wir zusammen mit unserem Koalitionspartner FDP umgesetzt haben. Selbst die SPD hat nach zähen Verhandlungen zugestimmt. Dazu habe ich noch bis in die Nacht mit deren innenpolitischem Sprecher verhandelt. Und als vierten Punkt: die Stärkung der Moral und Motivation durch politische Rücken- deckung, die Polizei und Justiz bei SPD-Innen- minister Jäger fehlte.

Die Null-Toleranz-Strategie der NRW-Koalition wirkt also?

Golland: Wir erleben in Nordrhein-Westfalen eine sicherheitspolitische Wende, wie es sie in diesem Land noch nie gegeben hat. Keine Toleranz mehr gegenüber Intoleranten, keine falsche politische Korrektheit, kein Zurückweichen des Staates vor Clans, sondern entschlossenes Handeln unter Nutzung aller rechtsstaatlichen Instrumente. Die Wirkung erkennen Sie in der polizeilichen Kriminalstatistik.

Apropos Clans. Der Täter von Hanau hat sich als Tatort bewusst Shishabars ausgesucht. War es falsch, die in den Fokus zu nehmen?

Golland: Überhaupt nicht. Der gerade von den Grünen erhobene Vorwurf ist schäbig. Wir dürfen in unserem Fahndungs- und Verfolgungsdruck nicht nachlassen. Das würde nur Kriminelle freuen. Dieses Vorgehen ist der beste Weg, rechten Populisten den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Bleiben wir bei rechten Populisten. Wie hat sich rechte Kriminalität entwickelt? Welche Maßnahmen wurden getroffen, dagegen vorzugehen?

Golland: Jede Form extremistischer Gewalt ist schlimm und muss bekämpft werden. Wir haben in allen drei Bereichen, bei rechts-, links- extremer und islamistischer Gewalt zu hohe Zahlen. Dagegen setzen wir Null-Toleranz, Aufklärungs- und Aussteigerprogramme. Der Verfassungsschutz macht aus meiner Sicht eine sehr gute Arbeit.

Ist die Wortwahl der AfD mit ein Brandbeschleuniger für Rechtsextremismus in Deutschland?

Golland: Leider ja. Die beste Politik dagegen ist, sich klar abzugrenzen und Probleme der Menschen sachlich, besonnen und entschlossen zu lösen.

Wie ist denn der Umgang der CDU mit der AfD im Landtag?

Golland: Die Antwort ist kurz und knapp: keine Zusammenarbeit, entschiedene Abgrenzung.

Bei den Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik 2019 fällt auf, dass gerade die Zahlen bei Kindesmissbrauch nach oben geschnellt sind. Wird hier zu wenig gemacht?

Golland: Der Fall Lügde hat uns allen die Augen geöffnet. Durch mehr Ermittlungen und Verfolgung werden auch mehr Taten aufgedeckt, das Dunkelfeld wird aufgehellte. Gerade weil die Polizei in diesem Feld viel und kräftig arbeitet, gehen die Zahlen nach oben, und das ist gut so! Hier müssen wir unbedingt dranbleiben. Das ist aber nicht nur ein Thema für die Polizei, sondern auch für die Justiz. Ich meine, wir brauchen spürbar härtere Strafen und konsequente Verurteilungen der Täter. Entsprechende Gesetzesinitiativen werden von den Fraktionskollegen im Innen- und Justizbereich vorbereitet und unterstützt.

ZUR PERSON

Geboren am 21. November 1974 in Brühl; römisch-katholisch; verheiratet, zwei Kinder. Wehrdienst bei der Luftwaffe, Ausbildung zum Industriekaufmann. Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität zu Köln und der Indiana University, Bloomington/USA. Abschluss als Diplom-Kaufmann. Seit 2004 kaufmännischer Angestellter, zuletzt bei innogy SE. Mitglied der CDU seit 1990. Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung. 2009-2017 Kreispartei- vorsitzender der CDU Rhein-Erft und stellvertretender Bezirks- vorsitzender der CDU Mittelrhein. Seit 2004 Mitglied des Kreistages im Rhein-Erft-Kreis, Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen seit dem 9. Juni 2010.



GRENZÜBERSCHREITENDE BERUFLICHE BILDUNG

Wir stärken das Miteinander in Europa

Für viele Studentinnen und Studenten ist es mittlerweile Teil des Bachelor- oder Masterstudiums, ein Erasmus-Semester im europäischen Ausland zu absolvieren. Bisher ist dies aber nicht für jeden möglich, der eine Ausbildung macht.

Doch durch die Auslandserfahrung sammelt man nicht nur wertvolle Erfahrungen, lokales Fachwissen und interkulturelle Kompetenzen, sondern man lernt auch die Vielfalt in Europa kennen.

Absolventen der beruflichen Bildung nehmen nicht die Möglichkeiten wahr, die sich durch den Europäischen Arbeitsmarkt bieten. Vieles hängt auch davon ab, dass die Abschlüsse nicht immer vergleichbar sind und die Anerkennung oft schwierig ist. Das wollen wir ändern.

Für die NRW-Koalition ist es wichtig, Initiativen und Maßnahmen zu fördern, die einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt und sogenannte Grenzgänger unterstützen.

Dabei geht es uns sowohl um Auslandspraktika als auch darum, Abschlüsse besser vergleichbar zu machen. Dafür stärken wir bereits vorhandene Initiativen wie ERASMUS+ und setzen zusätzlich auf neue Informationskampagnen.

Daher haben wir einen Antrag in den Landtag von Nordrhein-Westfalen eingebracht, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung weiter zu stärken.



WASSERSTOFF

Energieträger der Zukunft

Die NRW-Koalition setzt auf Wasserstoff. Wir sind fest entschlossen, Nordrhein-Westfalen zum Wasserstoffland Nummer 1 in Deutschland zu machen.

Wir wollen die klimafreundliche Nutzung und die Produktion von Wasserstofftechnik bei uns im Land vorantreiben. Diese entwickeln, marktreif machen, industriell fertigen, weltweit exportieren und in Arbeitsplätze ummünzen. Das ist Klimaschutz ‚Made in NRW‘. Wir haben uns schon im Koalitionsvertrag zu innovativen Lösungen und dem Energiesystem der Zukunft bekannt. Wasserstoff bietet große Chancen für Klimaschutz, Wirtschaft und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

Die wesentlichen Anwendungsfelder für Wasserstoff sind die Mobilität und die Industrie, hier insbesondere die Stahlproduktion und die Chemieindustrie.

Wasserstoff kann in Brennstoffzellen für alternative Antriebe effektiv genutzt werden. So ist klimafreundliche Mobilität auch für längere Strecken möglich. Sowohl in der Stahlproduktion, als auch in der Chemieindustrie, die beide in Nordrhein-Westfalen stark sind, kann

Wasserstoff CO₂-reiche Grundstoffe ersetzen. So kann auch die Leitindustrie einen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten. In der Stahlproduktion beispielsweise lässt sich ein Teil des CO₂s vermeiden, wenn im Schmelzprozess Wasserstoff statt Kohlenstaub eingeblasen wird.

Der Arbeitskreis Wirtschaft hat in diesem Jahr Deutschlands größten Stahlhersteller besucht und sich zeigen lassen, wie diese Idee zukünftig umgesetzt werden kann. Am 11.11.2019 war dort auch die Weltpremiere für Stahlproduktion mit Wasserstoff. Dieses System soll bis 2050 perfektioniert werden. Das Ziel ist, die Produktion in der Stahlindustrie bis 2050 auf Wasserstoff umstellen. Die Landesregierung unterstützt diese Entwicklung mit In4-Climate. Wasserstoff in der Stahlproduktion. Das ist Klimaschutz made in NRW!

Verkehr, Stahl und Chemie werden Wasserstoff in großen Mengen benötigen. Unternehmen müssen daher zeitnah Milliarden-Investitionen auf den Weg bringen. Dazu brauchen sie neben den eigenen Anstrengungen auch Fördermittel als Unterstützung, etwa aus dem Green Deal der EU-Kommission.



Löttgens parlamentarischer Nachschlag!

Parlamentsarbeit in schwierigen Zeiten

Unser Land kämpft mit einer Herausforderung von bisher nicht gekanntem Ausmaß. Der Virus Sars-Cov-2 verlangt unserem Gesundheitssystem, vor allem den dort arbeitenden Menschen, alles ab. Die Epidemie führt zu erheblichen, schweren Auswirkungen auf die Wirtschaft und zu neuen, bisher nicht gekannten Einschränkungen unseres täglichen (Zusammen-)Lebens. Eine geradezu unfassbar große Zahl von Anfragen, Hilferufen, Anregungen und Forderungen erreicht uns Abgeordnete auf allen verfügbaren Kanälen. Wir schaffen es kaum, jedem zeitgerecht eine belastbare Antwort zukommen zu lassen, die ihm in seiner Situation hilft. Das ist unbefriedigend und auch ungewohnt. Die hervorragende Zusammenarbeit mit der Regierung und den Ministerien, Absprachen und Koordination in vielen Telefon- oder Videokonferenzen helfen uns, Stück für Stück diese fehlenden Antworten zu erarbeiten und weiterzugeben. Neue Formen der Organisation sind notwendig. Wir lernen jeden Tag dazu.

Das Parlament tagt, ist arbeitsfähig auch unter erschwerten Bedingungen. Abstands- und Hygieneregeln gelten für uns, wie für jeden anderen.

Am 24.03.2020 ist der „NRW-Rettungsschirm“ in einem Nachtragshaushalt beschlossen worden. Jeder zweite Stuhl musste frei bleiben. Das „Königsrecht“ des Parlaments, Haushalte zu debattieren, war auf einen Tag verkürzt. Die Fraktionsvorsitzenden aller Fraktionen hatten sich im Vorfeld geeinigt: Zusammenarbeit in der Krise, keine parteipolitischen Spielereien. Ausschüsse tagen, aber in drastisch reduzierter Zusammensetzung.

Wichtig für uns als Parlamentarier und hoffentlich auch für Sie: Das Parlament ist notwendig und handlungsfähig! Wir beraten und treffen alle für die Eindämmung der Epidemie und die Bewältigung ihrer Folgen notwendigen Entscheidungen. Dies ist nur in einer Fraktion möglich, die auch in schwieriger Zeit gut und vertrauensvoll zusammenarbeitet. Mein Dank für ihre Arbeit und ihr Engagement, auch aus dem Home-Office heraus, gilt allen Abgeordneten und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Gemeinsam werden wir in den kommenden Monaten und Jahren vieles anpacken und neu ordnen müssen. Bitte unterstützen Sie uns und Ihren Abgeordneten vor Ort bei dieser Aufgabe! Dafür schon jetzt ein herzlicher Dank!

IMPRESSUM:

Herausgeber: CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf | **Vorsitzender:** Bodo Löttgen MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer: Matthias Kerkhoff MdL | **Redaktion:** Stephanie Feck, Joschka Thiel, Susann Kobienia, Dirk Herrmann, Sarah Katharina Wolpers, Jacqueline Winkler | **Kontakt und Website:** www.cdu-fraktion.nrw



**Arbeitsbericht Kommunalbilanz:
 „Nordrhein-Westfalen
 ist wieder da!“**

Ein Gastbeitrag von Ina Scharrenbach

Unser landeseigenes Förderprogramm „Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet“ in Höhe von 150 Millionen Euro kommt in den Regionen und bei den Menschen an.

Rund 18 Millionen Menschen – 396 Gemeinden und Städte – 31 Kreise: Das ist unser Nordrhein-Westfalen. Mit Ostwestfalen-Lippe, dem Landesteil mit einer der stärksten deutschen Wirtschaftsstandorte – „it's OWL“: Marke und Selbstverständnis zugleich. Das westfälische Münsterland mit der Bodenständigkeit der Menschen zählt bundesweit zu den Spitzenstandorten im Bereich der neuen Werkstoffe. Die Metropole Ruhr – 53 Gemeinden und Städte mit rund 5 Millionen Menschen – ist nach Paris und London der drittgrößte Metropolraum in der Europäischen Union mit viel Potenzial in Forschung, Energie, Chemie und Gesundheitswirtschaft. Südwestfalen ist der drittstärkste Wirtschaftsstandort in der Bundesrepublik Deutschland – das deutsche Herz der Automobil-Zulieferindustrie schlägt hier.

Der Niederrhein wird von internationalen Unternehmen wegen seiner optimalen Infrastruktur geschätzt und schlägt – historisch wie in der Moderne – Brücken in die Niederlande und bietet zahlreichen japanischen Firmen aus dem Land der aufgehenden Sonne einen Sitz. Die Region Düsseldorf ist führende Kommunikations- und Medienmetropole mit vielen mittelständischen Unternehmen sowie Forschungseinrichtungen in den Bereichen Bio- und Gentechnik. Das Bergische Städtedreieck gehört mit seinen mittelständischen Unternehmen, viele familiengeführt, zu den Regionen mit weiterhin viel Potential in ihrer Entwicklung. Die Region Köln/Bonn ist einer der Motoren und Innovationsregion im Rheinland, wenn es um die zukünftige Gestaltung von Wirtschaft und Leben geht.

Ein dichtes Netz für Forschung und Wissenschaft spannt sich von der Region Köln/Bonn in die Region Aachen mit dem weltbekannten Forschungszentrum Jülich. Die Region Aachen, im Dreiländereck zu Belgien und den Niederlanden, gehört zu den innovativsten Technologie- und Wissenschaftsstandorten in der Bundesrepublik. Das ist unser Nordrhein-Westfalen.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat seit Sommer 2017 mit einem Schluss gemacht: Einer permanenten politischen Unterscheidung zwischen kleinen und großen Städten, einer permanenten politischen Unterscheidung zwischen großstädtischen und ländlichen Räumen in unserem Land. Denn CDU und FDP wissen: Dies wird den Nordrhein-Westfälinnen und Nordrhein-Westfalen nicht gerecht.

Kleine wie große Städte, ländlicher Raum wie städtischer Raum, stehen vor Herausforderungen, teilweise vergleichbar, aber dennoch verlangen sie zum Teil nach anderen Lösungen. Ausdruck einer bürgerlich-liberalen Regierung ist es immer, dass Gesetze freiheitlich gestaltet werden. Dass Gesetze und der Ordnungsrahmen Luft und Raum für die eigene Entwicklung und zur Selbst- und Eigenverantwortung unserer Bürgerinnen und Bürger lässt. Das ist der Politikansatz dieser Landesregierung: Wir garantieren die Freiheit des Wirtschaftens in sozialer Verantwortung für das Gemeinwohl. Das ist gelebte und verantwortete Politik im Zeichen der sozialen Marktwirtschaft.

Erstmals erhält die kommunale Familie wieder „echte“ 23 Prozent der Einnahmen

Die CDU ist dabei in Nordrhein-Westfalen die Kommunalpartei Nummer 1: Das sind wir und das wollen wir bleiben. Die Städte und Gemeinden sind die Keimzelle unserer Demokratie, unseres demokratischen Werteverständnisses und Wertegerüsts. Die zigtausend Frauen und Männer, jung wie alt, die sich ehrenamtlich in Nordrhein-Westfalen in Gemeinde- und Stadträten, in Kreistagen, in den Landschaftsverbandsversammlungen, im Städtereionstag Aachen, in den Verbandsversammlungen des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe, in den Regionalräten und in der Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr engagieren, bilden mit ihrer Präsenz und dem Willen zur Gestaltung zusammen mit den (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeistern und den Landrätinnen und Landräten das demokratische Fundament unseres Landes.

Solide Finanzen schaffen Gestaltungsspielräume. Sie bilden die Grundlage für erfolgreiches Arbeiten in den Kommunen. Deshalb ist es eines unserer wichtigsten Anliegen, die Finanzausstattung der Kreise, Städte und Gemeinden in unserem Land zu verbessern – gerade vor dem Hintergrund der Vielzahl von Aufgaben, die die Kommunen Tag für Tag wahrnehmen. Schließlich sind sie es, die Heimat vor Ort gestalten, Lebensqualität schaffen, den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken und damit eine lebendige Demokratie ermöglichen.

Dank der Maßnahmen, die die Landesregierung ergriffen hat, stehen den Gemeinden und Städten heute wesentlich mehr finanzielle Möglichkeiten zur Verfügung als unter der Vorgängerregierung. Erstmals seit 2006 erhält die kommunale Familie wieder „echte“ 23 Prozent der Einnahmen des Landes aus der Körperschafts-, Einkommen- und

Umsatzsteuer. Durch die Abschaffung von Kommunal-Soli und Vorwegabzügen von 2018 bis 2020 werden die kommunalen Kassen um 689,4 Millionen Euro entlastet. Außerdem haben wir die Aufwands- und Unterhaltungspauschale eingeführt und die Schul- und Sportpauschale deutlich erhöht und erstmals dynamisiert. Entlastet werden die Kommunen auch, weil die erhöhte Gewerbesteuerumlage zur Mitfinanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ und der Einheitslasten des Landes ausgelaufen ist. Wir haben uns – anders als andere Länder – dazu entschieden, keine neue landesrechtliche Umlage zu schaffen. Somit verfügen unsere Kommunen ab 2020 jedes Jahr über zusätzliche Mittel in Höhe von 950 Millionen Euro. Und für 2018 und 2019 werden insgesamt 710 Millionen Euro an die Kommunen zurückfließen.

Mindestens zwei große Strukturwandel haben wir vor uns

Mit dem unkomplizierten landeseigenen Förderprogramm „Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet.“ hat die Landesregierung einen 150-Millionen-Euro umfassenden Finanzrahmen geschaffen. Dieser trägt dazu bei, dass die starken Wurzeln unseres Landes, unsere Regionen, Gemeinden und Städte gestärkt und zu sichtbarer und erlebbarer Heimat werden. Durch starke Wurzeln kann der Weg zwischen Tradition und Moderne erfolgreich begangen werden. Und dieses landeseigene Förderprogramm kommt an: Bei den Menschen, die tagtäglich vor Ort unsere Heimat gestalten. Denn es sind genau die vielen ehrenamtlich Engagierten, die sich in und für unsere Gesellschaft einsetzen. Und zwar nach dem Grundsatz, dass gelebte Vielfalt und regionale Besonderheiten genauso groß geschrieben werden wie die gemeinsame Identität und der Zusammenhalt. Heimatverbundenheit und Weltoffenheit sind keine Gegensätze, sondern zwei Räder, die in unserer heutigen Zeit ineinandergreifen. Eine – unsere – Heimat, die Menschen verbindet, nicht ausgrenzt und entzweit. Eine – unsere – Heimat, die Halt und Orientierung bietet mit einer reichhaltigen Kultur und einem vielfältigem historisch-kulturellem Erbe, was den heutigen Generationen anvertraut ist – für die nachfolgenden Generationen.

Städtebauförderung, öffentliche Wohnraumförderung, Baulandentwicklung, Mobilitätsprogramme, Maßnahmen und Unterstützungen bei der Wirtschaftsentwicklung, Gestaltung der Energiewende, Natur- und Artenschutz, der Schutz der heimischen Landwirtschaft und die Sicherung der Lebensgrundlagen für unsere Landwirtinnen und

Landwirte, Sportstättenförderung, Ehrenamtsförderung, aktive Bildungs- und Schulpolitik, Familienförderung, Heimatförderung und vieles mehr: Die CDU-geführte Landesregierung richtet ihre Förderprogramme und den gesetzlichen Rahmen an den Bedürfnissen vor Ort aus. Aktuelles Beispiel ist der Förderaufruf zur Dorferneuerung mit dem Sonderprogramm für Feuerwehrhäuser. Nur eine Politik, die nah an den Menschen ist, auf der kommunalen wie auf der Landesebene, kann die Weichen für die Zukunft in die richtige Richtung stellen.

Nach gut drei Jahren der neuen Landesregierung Nordrhein-Westfalen können wir endlich wieder sagen: Nordrhein-Westfalen ist wieder da! Aber vieles bleibt zu tun: Mindestens zwei große Strukturwandel haben wir vor uns: Das „Rheinische Revier“ und die Kohleregionen, die vom Kohleausstieg (wieder) betroffen sind. Dies wird nur gelingen, wenn Landespolitik und die Gemeinden und Städte an einem Strang ziehen. Für die Veränderungen in der (globalen) lokalen Wirtschaft und in unserer Gesellschaft braucht es Mut, das offene Herz und noch vielmehr das offene Denken, denn: Veränderung hat es zu jeder Zeit gegeben. Und wie jede Generation haben auch wir die Wahl, ob wir uns verändern lassen oder die Veränderung aktiv gestalten. Die Landesregierung hat sich für das aktive Gestalten entschieden: Weil unsere Bürgerinnen und Bürger und unsere Gemeinden und Städte es verdient haben. Weil wir Ideen für die Zukunft unseres Landes haben.

Alle Gemeinden in Nordrhein-Westfalen verfügen über große Gemälde ihrer Vergangenheit – mit Licht und Schatten. Es liegt an uns, mit welchen Farben und wie wir diese Gemälde heute für die Zukunft weitermalen. Nordrhein-Westfalen: Unser Land mit dem Bindestrich, das verbindet – Menschen – Wirtschaft – Leben – Vielfalt. ■



„Mehr Wertschätzung und Anerkennung für die Landwirtschaft“

Erster Landwirtschaftsgipfel mit 20 Verbänden als gelungener Auftakt für weitere Dialogformate
Ein Gastbeitrag von Ulla Heinen-Esser

Die Land- und Ernährungswirtschaft erzeugt Mittel zum Leben – Lebensmittel! Mit rund 400.000 Beschäftigten gehört sie zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen in Nordrhein-Westfalen. Dabei soll die Landwirtschaft allem und jedem gerecht werden und Top-Qualität zu auskömmlichen Preisen anbieten. Hier sieht sich die Landwirtschaft oftmals Gegen- und Widerständen ausgesetzt: Auf der einen Seite sind es anspruchsvolle Wünsche der Verbraucher an Umwelt- und Tierschutz, auf der anderen Seite das unter den Marktbedingungen für die Landwirtschaft Machbare.

Die Landwirtinnen und Landwirte müssen langfristig planen, sind zugleich mit sich verändernden Rahmenbedingungen und oftmals fehlender Rechts- und Planungssicherheit konfrontiert. Die intensive öffentliche Diskussion lässt vielfach die Wertschätzung und Anerkennung der Leistungen vermissen, die die Landwirtschaft tagtäglich für die Allgemeinheit erbringt. Oft wird mehr übereinander als miteinander geredet.

Dieser unzureichende Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren führt im Ergebnis dazu, dass die Anforderungen an die Landwirtschaft einerseits und die Umsetzbarkeit andererseits augenscheinlich miteinander unvereinbar sind. Umso wichtiger war es, den besorgten Landwirten aufzuzeigen, dass die Landesregierung an ihrer Seite steht und sie auf ihrem Weg zu einer nachhaltigen und modernen Landwirtschaft unterstützt. Die Themen reichen von der **Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik**, **Düngeverordnung** und **Biodiversität** bis hin zur **Nutztierhaltung**.

Auf Einladung von Ministerpräsident Armin Laschet und mir als in Nordrhein-Westfalen zuständige Ministerin fand am 13. Januar 2020 in der Staatskanzlei NRW der Landwirtschaftsgipfel statt. 20 Verbände der Landwirtschaft tauschten sich über aktuelle Herausforderungen der Branche und die öffentliche Debatte aus. Alle Beteiligten waren sich darüber einig, dass ein Umdenken in der Landwirtschaft stattfinden muss und für das „Mehr“ an Umwelt-, Arten- und Tierschutz politische und gesellschaftliche Rückendeckung erforderlich sind.

Neben der Produktion von Lebensmitteln ist die Landwirtschaft der Grund für unsere historisch gewachsenen Kultur- und Naturlandschaften und prägt die ländlichen Räume. Ihre vielseitigen Leistungen werden leider viel zu oft verkannt, sind jedoch nicht zu ersetzen und damit auch unbedingt **wertzuschätzen**.

Die Zukunft der Landwirtschaft in NRW wird maßgeblich von den Entscheidungen auf europäischer Ebene und somit von der Ausgestaltung der **Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik** 2020 beeinflusst. Im Ringen um eine zukunftsgerichtete gemeinsame Agrarpolitik setzen wir uns für die Beibehaltung des bewährten Systems aus Direktzahlungen und Förderprogrammen in der bisherigen Gewichtung ein. Überproportionale Kürzungen der Förderprogramme – insbesondere für die nachhaltige und umweltschonende Bewirtschaftung – sind nicht hinnehmbar. Die Entwicklung einer nachhaltigeren Landwirtschaft ist ohne den Einsatz öffentlicher Gelder nicht möglich – Steuergeld, das dem Erhalt der

öffentlichen Güter Umwelt und Natur dient. Nicht zuletzt wird auch der ehrgeizige **Green Deal** der Europäischen Kommission ohne den wichtigen Beitrag der Landwirtschaft nicht gelingen.

Auch bei der **Düngeregulierung** geht Nordrhein-Westfalen mit einem praxisnahen und praktikablen Ansatz voran, um nitratbelastete Gebiete zu differenzieren und weitergehende Maßnahmen zum Grundwasserschutz zielgerichtet an den Eintragsquellen zu ergreifen. Die Überprüfung des Grundwassermessnetzes – vor allem in den belasteten Gebieten – und die Neuerrichtung von ca. 200 Messstellen dienen der Qualitätssicherung und erhöhen die Repräsentativität der Befunde. Wir müssen weg von pauschalen, hin zu zielgenauen Anforderungen. Mit der Anpassung der Landesdüngeverordnung definieren wir eine neue Kulisse, die eine stärkere Binnendifferenzierung bei der Betrachtung und Bewertung der Grundwasserkörper vornimmt.

Aber dafür müssen die Landwirte auch entlohnt werden

Bei der Umsetzung der Anforderungen unterstützen wir die Landwirte durch Förderung, Instrumente zur Umsetzung und gewässerorientierte Beratung. Wichtig ist mir, an dieser Stelle auf den Erfolg der mehr als 100 Wasserkooperationen zum Schutz des Grundwassers in NRW zu verweisen: In freiwilligen lokalen Vereinbarungen zwischen Landwirtschaft und Wasserwirtschaft werden hier mit Unterstützung der Landwirtschaftskammer praxistaugliche Lösungen zum Schutz des Grundwassers ausgehandelt. Die Entwicklung der Nitratgehalte in diesen Gebieten zeigt, dass der von uns verfolgte kooperative Ansatz neben ordnungsrechtlichen Maßnahmen im Gewässerschutz zum Erfolg führt.

Beim Erhalt der **Artenvielfalt** setzen wir ebenfalls auf kooperative Lösungen, um durch gemeinsames Engagement den Artenschwund in NRW zu stoppen. Für die Umsetzung von Agrarumweltmaßnahmen und im Vertragsnaturschutz sowie der ökologischen Bewirtschaftung werden wir für das letzte Jahr voraussichtlich insgesamt rund 78 Millionen Euro aus europäischen, Bundes- und Landesmitteln auszahlen. Neben der Förderung erforscht NRW als erstes Bundesland im Rahmen eines Langzeitmonitorings bis 2022 die Entwicklung der Fluginsekten auf ausgewählten Probeflächen.

Nordrhein-Westfalen ist ein bedeutender Standort für die **Nutztierhaltung** und mehr denn je stehen die Haltungsbedingungen der landwirtschaftlichen Nutztiere in der öffentlichen Kritik. Wir wollen Betriebe und Produktion bei uns halten. Daher müssen wir die heimische Landwirtschaft darin unterstützen, strukturelle Veränderungen frühzeitig und erfolgreich zu gestalten. Zentrales Ziel der Landesregierung ist es, einen Rahmen für eine zukunftsfähige, nachhaltige Nutztierhaltung zu setzen und damit den Betrieben Planungssicherheit zu geben. Die Zielvorgabe unserer Nutztierstrategie lässt sich so zusammenfassen: Die Tiere werden besser gehalten, Umwelt und Klima weniger belastet, die Akzeptanz der Bevölkerung steigt – und dabei ist das Einkommen der Tierhalter gesichert. Konkret erlebbar wird das Konzept an einem Stall der Zukunft, in dem ab 2022 innovative Haltungsformen erprobt und aufgezeigt werden sollen. Der Fokus der Strategie liegt vorerst auf der Schweinehaltung und soll danach auf weitere Tierarten ausgeweitet werden.

Die Landwirtschaft steht vielen Herausforderungen gegenüber. Das Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher an der Ladentheke hat diese Entwicklung sicherlich gefördert: Lebensmittel sollen makellos, von hoher Qualität, immer verfügbar und vor allem preiswert sein. Unter dem bestehenden Preisdruck bleibt häufig keine Wahl, als immer kostengünstiger zu produzieren. Aber viele landwirtschaftliche Betriebe haben sich bereits auf den Weg gemacht, Umweltschutz, Tierwohl und die Wünsche der Verbraucherinnen und Verbraucher stärker zu berücksichtigen. Aber dafür müssen sie auch entlohnt werden!

Mehr Qualität zu billigeren Preisen – diese Rechnung kann nicht aufgehen. Nachhaltigkeit in der Land- und Ernährungswirtschaft werden wir nur erreichen, wenn wir die Landwirtschaft zu einem Projekt der gesamten Gesellschaft machen. Wenn wir alle einbeziehen: die Landwirtschaft, den Handel, die Dienstleister und die Verbraucher.

Auf dem Weg hin zu einer nachhaltigen und modernen, tier- und umweltgerechten sowie wirtschaftlich erfolgreichen Landwirtschaft bedarf es deutlicher Anstrengungen aller Akteure und eines umfassenden Diskussionsprozesses. In dieser Hinsicht war der Landwirtschaftsgipfel ein gelungener Auftakt für **weitere Dialogformate**. ■



Foto: Günther Ortmann

12 Fragen an Anna-Katharina Bölling

Anna Katharina Bölling, geb. 1980, lebt mit Mann, zwei Kindern und Hund in Minden. Nach dem Abitur studierte sie Politik und Geschichte. Bölling arbeitete bei der Konrad-Adenauer-Stiftung u.a. in Warschau. 2011 wurde sie wissenschaftliche Referentin bei der CDU-Fraktion in Bremen (Landtag) für die Themen Gesundheit, Soziales, Familie, Integration und Europa. Seit 2017 ist sie Sozialdezernentin beim Landkreis Uelzen. Sie engagiert sich in CDU und CDA, im Sportverein sowie für deutsch-polnische Beziehungen und in der Europaunion. Am 13. September 2020 tritt sie als Kandidatin für die Landratswahl in Minden-Lübbecke an.

Als Kind wollten Sie sein wie?

Birgit Fischer – als Kind habe ich angefangen, Kanurennsport beim MTV Minden zu machen. Ganz so erfolgreich wie die Rekordolympiasiegerin bin ich aber nicht geworden.

Wie sind Sie in die Politik gekommen?

Meine Eltern würden sagen: Sie hat schon immer gerne diskutiert. Nein, aber im Ernst: Ich wollte schon immer etwas bewegen und verändern. Der erste Schritt dazu ist für mich erstmal die Ausgangslage zu analysieren und zu verstehen. Deshalb habe ich mich sehr früh entschieden, Politik und Geschichte zu studieren.

Wer ist Ihr politisches Vorbild?

Konrad Adenauer, weil er die CDU zu einer modernen Volkspartei der Mitte zusammenschweißte und einen Ausgleich von sozialer Verantwortung und Marktwirtschaft etablierte. Die Beschäftigung mit seinen Ideen der europäischen Einigung und Westbindung hat mich 2006 in die CDU eintreten lassen.

Wenn Sie ein Vorhaben beschleunigen könnten, welches wäre das?

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Kommunen, Bund und Ländern ist für mich ein Thema mit großem Nachholbedarf. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, auf zeitgemäße digitale Leistungen zugreifen zu können. Der zunehmende Fachkräftemangel erzeugt zusätzlichen Handlungsbedarf.

Gibt es einen politischen Gegner, den Sie sehr schätzen?

Die Bremer Außenpolitikerin Marieluise Beck (Grüne). Sie hat mich durch ihren Einsatz für die Menschenrechte in Russland, die Unabhängigkeit und Einheit der Ukraine und ihre Unterstützung der Freiheitsbewegungen in Osteuropa immer sehr beeindruckt. Auch weil sie die Fähigkeit besitzt, eigene Positionen zu überdenken und zu verändern.

Wie verbringen Sie ein freies Wochenende?

Ich bin ein absoluter Draußenmensch. Am liebsten bin ich mit meiner Familie bei uns zu Hause im Mühlenkreis Minden-Lübbecke unterwegs. Ein Ausflug auf dem Weserradweg, ein Spaziergang im Wiehengebirge oder ein Spargelessen im nördlichsten Zipfel NRW sind für mich perfekte Wochenendbeschäftigungen.

Was lesen Sie gerade?

Zum Entspannen: Axel Beer „Der dunkle Bote“. Und aus historischem Interesse: Anne Applebaum „Roter Hunger“.

Bei welcher Musikrichtung fühlen Sie sich aufgehoben?

Je nach Stimmung kreuz und quer durch den Garten, meistens am Liebsten Klassik.

Für welches Fernsehereignis lassen Sie alles andere liegen?

Als Ostwestfälin bin ich Handballfan. Für ein Meisterschaftsspiel der deutschen Handball-Nationalmannschaft kann schon mal einiges liegenbleiben.

Haben Sie ein Lebensmotto?

Gib jedem Tag die Chance, der schönste in Deinem Leben zu werden.

Wo sehen Sie die dringendsten Probleme im Landkreis, die Ihrer Meinung nach als erstes angegangen werden müssen?

Wir haben in Minden-Lübbecke mit den kreiseigenen Mühlenkreiskliniken einen attraktiven Gesundheitsstandort. Um eine optimale Versorgung aber weiterhin sicherzustellen, müssen wir die Angebote jetzt weiterentwickeln und für die Zukunft neu aufstellen. Der Mühlenkreis ist außerdem ein Kreis, in dem Zusammenleben im ländlichen Raum wie in den städtischen Ballungszentren gleichermaßen stattfindet. Ich will, dass sich niemand zurückgesetzt fühlt. Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Möglichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger, die Angebote und Vorzüge des Kreises gleichermaßen zu nutzen, sind mir deshalb ein Herzensanliegen. Ich glaube fest daran, dass die Digitalisierung viele Möglichkeiten bietet, Vorteile für die öffentliche Infrastruktur zu schaffen und damit auch für alle Menschen im Mühlenkreis. Wir müssen sie nur nutzen. Zum Beispiel mit Modellprojekten. Aber natürlich sollen alle Bürger auch weiterhin menschliche Ansprechpartner haben.

Was sind Ihre ganz persönlichen Ziele, die Sie in Ihrem Landkreis erreichen wollen?

Ich finde, der Mühlenkreis hat unendlich Charme und viel Potential. Um das zu heben, braucht es Kommunikation, Tatkraft und an der ein oder anderen Stelle ein bisschen Mut für Neues. Als Verwaltungschefin möchte ich mehr als nur verwalten: Ich möchte zusammen mit den Menschen aus dem Mühlenkreis unsere gemeinsame Zukunft aktiv gestalten. Unser wunderschöner Kreis soll zukünftig auch innerhalb Nordrhein-Westfalens stärker hör- und sichtbar sein.

12 Fragen an Dr. Stephan Keller

Dr. Stephan Keller wurde 1970 in Aachen geboren. Nach dem Abitur studierte er in Bayreuth und Birmingham Jura. Nach dem Referendariat in Düsseldorf war er Richter am Verwaltungsgericht Köln, danach Referent beim Deutschen Städtetag und später Beigeordneter für Bauen, Umwelt und Kommunalwirtschaft beim Städte- und Gemeindebund NRW in Düsseldorf. 2010 promovierte er in Bochum zum Dr. jur. Im gleichen Jahr wurde er zum Beigeordneten für Recht, Ordnung und Verkehr der Stadt Düsseldorf gewählt. Seit 2016 ist er Stadtdirektor in Köln. Stephan Keller lebt mit seiner Frau und seinen drei Kindern in Düsseldorf.

Als Kind wollten Sie sein wie?

Justus Jonas von den drei Fragezeichen.

Wie sind Sie in die Politik gekommen?

Ich komme aus einer politischen Familie, mein Vater war Ratsmitglied für die CDU, bei uns am Küchentisch wurde viel über Politik geredet. In der Oberstufe bin ich dann als logische Folge in die Junge Union eingetreten und habe die ersten Wahlkämpfe miterlebt. Das hat mich begeistert!

Wer ist Ihr politisches Vorbild?

Ich mochte die Wirtschaftskompetenz von Kurt Biedenkopf, den Scharfsinn von Heiner Geißler und die rheinische Schlitzohrigkeit von Konrad Adenauer.

Wenn Sie ein Vorhaben beschleunigen könnten, welches wäre das?

In Düsseldorf wieder CDU-Politik machen zu können.

Gibt es einen politischen Gegner, den Sie sehr schätzen?

Frank Walter Steinmeier als Außenminister.

Wie verbringen Sie ein freies Wochenende?

Ich habe derzeit keine freien Wochenenden mehr, aber der Wahlkampf in Düsseldorf macht mir sehr viel Freude. Wenn das Wetter besser wird, werde ich das auch mit meinem Hobby, dem Radfahren, gut verbinden können.

Was lesen Sie gerade?

Die Unterlagen des Corona-Krisenstabs in Köln, den ich leite.

Bei welcher Musikrichtung fühlen Sie sich aufgehoben?

Ich mag Jazz, aber ich fühle mich auch bei Pop, Rock und Klassik gut aufgehoben.

Für welches Fernsehereignis lassen Sie alles andere liegen?

„Babylon Berlin“, weil ich die Bücher von Volker Kutscher sehr spannend fand.

Haben Sie ein Lebensmotto?

„Einen Vorsprung im Leben hat, wer da anpackt, wo die anderen erst einmal reden“ von John F. Kennedy.

Was wären die ersten Maßnahmen als Düsseldorfer Oberbürgermeister, die Sie ergreifen würden?

Ich würde mich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung vorstellen und direkt danach die Umweltpuren abschaffen.

Was sind Ihre ganz persönlichen Ziele, die Sie in der Landeshauptstadt erreichen wollen?

Ich will Düsseldorf wieder ganz nach vorne bringen. Denn es ist meine Heimatstadt.



100+X TAGE „WALTER & ESKIA“

Von Henrik Bröckelmann

In die „neue Zeit“ wollten sie die SPD führen. „Aufbruch“ statt „Weiter so“, hatten sich Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans nach ihrer Wahl auf dem SPD-Parteitag am 6. Dezember 2019 vorgenommen. Übriggeblieben ist davon nicht viel. Dabei hatten die Schwarzwälderin und der Rheinländer im parteiinternen Wettstreit noch damit geliebäugelt, aus der Großen Koalition aussteigen zu wollen. Nicht zuletzt wegen dieser Ansage hatten sie den zweiten Wahlgang des Mitgliederentscheids gegen das Duo Scholz/Geywitz mit 53,1 Prozent zu 45,3 Prozent gewonnen. Die beiden Parteilinken konnten sich dabei gegen das geballte Parteiestablishment und die Mehrheit der Abgeordneten in der Bundestagsfraktion durchsetzen. In der Fraktion waren vor der Entscheidung harsche Stimmen zu hören. Man werde sich von denen gar nichts sagen lassen. Gar das Wort „Bürgerkrieg“ soll gefallen sein. Gemessen daran ist es bisher ruhig geblieben in der SPD.

Wer sind die beiden überhaupt?

Der eine, Norbert Walter-Borjans, war eigentlich schon Polit-Rentner. Bei der Landtagswahl 2017 hatten die nordrhein-westfälischen Wähler den Finanzminister gemeinsam mit Hannelore Kraft in den Ruhestand geschickt. Gleich drei Mal war er zuvor mit seinem Haushalt vor dem Verfassungsgericht gescheitert. Die Schulden des Landes Nordrhein-Westfalen stiegen während seiner Amtszeit – trotz Aufschwungs – um gut 40 Prozent. Walter-Borjans wurde zum „Rekordschuldenminister“. Danach gab er sich als „Robin Hood der Steuerzahler“ und versuchte sich mit dem Kauf von Steuersünder-CDs als Wächter ur-sozialdemokratischer Tugenden zu profilieren. Dieses Profil

versuchte er auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt zu pflegen: Der ehemalige Kölner Stadtkämmerer verdingte sich als Buchautor („Steuern – der große Bluff“) und tourte durch ganz Deutschland. In Berlin ist er indes kaum vernetzt. Es geht das Gerücht um, dass er sich nach seiner Wahl zum SPD-Chef erst einmal – wie Lobbyisten und Praktikanten – eine Nummer ziehen musste, um in der Ausweisstelle des Bundestages überhaupt eine Zugangsberechtigung zu bekommen.

Auch die andere, Saskia Esken, galt in Berlin als unbeschriebenes Blatt. Sie gehört seit 2013 dem Deutschen Bundestag an. Große Spuren hinterließ die 58-jährige Digitalpolitikerin bisher nicht. Die dreifache Mutter aus dem Nordschwarzwald kokettiert gerne damit, dass sie sich von der Paketfahrerin zur Informatikerin hochgearbeitet habe. Vorher war sie Vizechefin des Landeselternbeirats in Baden-Württemberg, dessen Arbeit sie gerne als gute Vorbereitung auf das Amt der SPD-Vorsitzenden bezeichnete. Beide, SPD und Landeselternbeirat, sind wohl ähnlich schwierig zu führen. Über die von Esken im Landeselternbeirat gewählten Methoden berichteten ehemalige Mitarbeiter im ARD-Magazin „Kontraste“. Nun geht Esken mit juristischen Mitteln gegen den Bericht vor. Dass sie des öfteren aber robuste Umgangsformen gegenüber anderen an den Tag legt – „Schwertgösch“ würde man wohl auf Schwäbisch über sie sagen –, dem würde sie wohl nicht widersprechen.

Raus aus der GroKo

So waren auch die Ansagen der beiden im SPD-internen Wahlkampf deutlich. Im Chor mit ihrem Strippenzieher, dem Juso-Chef

Kevin Kühnert, kritisierte das Duo die bisherige Führungsriege der SPD scharf. Es sei ein Grundfehler der SPD-Minister, in der Koalition die Kompromisse gleich mitzudenken, so das Mantra des Ex-NRW-Finanzministers. Man solle härter in die Verhandlungen gehen, um Ur-Sozialdemokratisches durchzusetzen. Esken wollte den Koalitionsvertrag nachverhandeln und im Falle einer Weigerung von Seiten der Union aus der GroKo aussteigen. Beide Ideen haben den Realitätscheck nicht überlebt. Esken scheiterte an der Union, die nicht im Geringsten daran dachte, den Koalitionsvertrag aufzuschnüren und NoWaBo musste feststellen, dass er Kompromisse schon brauchte, um die eigenen Leute zusammen zu halten.

So kam nach dem Mitgliederentscheid die schnelle Kehrtwende. Von einem Ausstieg aus der GroKo war plötzlich keine Rede mehr. Der fauchende, linke SPD-Tiger, der im Mitgliederentscheid noch punktete, landete als weichgespülter Bettvorleger.

Sozialdemokratischer Überbietungswettbewerb

Stattdessen wurden nach der Wahl stakkatoartig immer wieder neue Forderungen rausgehauen: Saskia Esken holte das Tempolimit aus der sozialdemokratischen Mottenkiste. Angesichts der Bekanntgabe des Rekordüberschusses des Bundes im Januar lehnte die SPD-Co-Chefin Forderungen nach Steuersenkungen ab: „Das halte ich wirklich für einen gefährlichen Vorschlag, jetzt Steuern zu senken.“

Norbert Walter-Borjans erfand sogar eine neue Steuer und wollte die Wohnungsnot mit einer neuen „Bodenwertzuwachssteuer“ bekämpfen. Dass eine neue Steuer Investoren eher abschreckt und wohl kaum neuen Wohnraum schaffen wird, kümmerte den Ex-Finanzminister nicht. Auch in der Rentenpolitik wollte er die Beiträge erhöhen und plädierte für die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Bezieher hoher Einkommen sollten mehr in die Rentenkasse einzahlen. Bei genauem Hinsehen ein Taschenspieler-Trick. Denn: Würde die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft, würden zwar alle Besserverdienenden mehr Beiträge entrichten – sie hätten damit aber auch höhere Rentenansprüche, somit stiegen auch die Kosten der Rentenversicherung.

Auf dem Höhepunkt des sozialdemokratischen Überbietungswettbewerbs fabulierte Saskia Esken ganz offen über den „demokratischen Sozialismus“. Dieser sei „ein Zielbild“ der Sozialdemokratie. Enteignungen oder Vergesellschaftungen könnten zur Schaffung einer gerechteren Gesellschaft beitragen, so die Vorsitzende.

Nicht einmal ignorieren

Zwar beschäftigten die Vorschläge des neuen SPD-Duos einige Wochen die Gazetten. Doch zum Glück hört den beiden Obersozis mittlerweile keiner mehr zu. Sie würden nicht einmal mehr

ignoriert, glaubt der Berliner Tagesspiegel: „Es schert die Etablierten, die Bundesminister, voran Vizkanzler Olaf Scholz, so überhaupt nicht, was ‚Eskabo‘ wollen, dass die einem schon fast leid tun. Ist ja auch bitter, wenn man denkt, man hat die Macht, aber der Rest über einen lacht.“

In Hamburg wollte man die SPD-Spitzen aus der Bundeshauptstadt nicht einmal im Wahlkampf sehen. Das Ergebnis: SPD-Amtsinhaber Peter Tschentscher konnte mit einem pragmatischen Mittelkurs den Regierungsauftrag erringen. Aber auch das hielt NoWaBo nicht davon ab, das Hamburger Ergebnis noch am Wahlabend auch auf den „klaren Kurs der Bundespartei“ zurückzuführen.

Die Realität sieht anders aus. Denn bundesweit sind die Sozis nach wie vor weit von den 30 Prozent entfernt, die die neue Führung noch im Dezember angepeilt hatte. Trotz der unzähligen inhaltlichen Vorschläge gaben im Januar-Deutschlandtrend 57 Prozent der Deutschen an, Saskia Esken gar nicht zu kennen. Ihre Beliebtheit liegt mit 13 Prozent noch hinter der von Alice Weidel. Norbert Walter-Borjans tauchte auf der Liste erst gar nicht auf. Dabei befinden sich die Deutschen in guter Gesellschaft. Selbst ihre direkte Kontrahentin um den SPD-Vorsitz, Hilde Mattheis, die zuvor auf zig Regionalkonferenzen mit den beiden um den richtigen Kurs der SPD gerungen hatte, konnte sich ihre Namen schon auf dem SPD-Parteitag am 6. Dezember 2019 in Berlin nicht mehr merken. Sie rief den SPD-Delegierten zu: „Mit Walter und Eskia werden wir es schaffen.“

Die Zeit schlägt für Scholz

Von der Seitenlinie melden sich derweil Ex-Kanzler Gerhard Schröder und Ex-Parteichef Sigmar Gabriel zu Wort. Vier, fünf Leute kämen für eine Kanzlerkandidatur der SPD infrage, so Schröder im Spiegel, und zählt die Namen Olaf Scholz, Lars Klingbeil, Hubertus Heil, Franziska Giffey und Rolf Mützenich auf. Die Namen Walter-Borjans und Esken fallen nicht. Die beiden seien nur dazu da, um mit den fünf Genannten zu klären, wer es macht. Hat es jemals einen SPD-Chef gegeben, der keine Ambitionen auf die Kanzlerkandidatur hatte?

Und Sigmar Gabriel hält den beiden – freilich ohne ihre Namen zu nennen – in seinem neuen Buch vor, in ihrem Wahlkampf um den Vorsitz den Eindruck vermittelt zu haben, die Koalition verlassen zu wollen, um am Ende doch zu bleiben. „Links blinken und dann rechts abbiegen verwirrt alle anderen Verkehrsteilnehmer.“

Und so scheint die Zeit für jemanden zu schlagen, der selbst schon als geschlagen galt: Olaf Scholz. Der Spiegel schreibt im Hinblick auf die SPD-Kanzlerkandidatur, es sei „Zeit für Olaf“ und die Zeit beschreibt die „Operation Kanzleramt“ des Vizkanzlers. Ob das diese „neue Zeit“ war, von der Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans bei ihrem Amtsantritt geträumt haben? ■



Hovenjürgens
ANSAGE!

Gemeinsamkeit ist das Gebot der Stunde

Meine Damen und Herren,

wer hätte noch vor wenigen Monaten gedacht, dass ein Virus unsere Gesellschaft so durcheinanderbringen und so umfassend Einfluss auf unser aller Leben nehmen würde. Unsere Wirtschaft, die Politik, die Schulen, die Gesellschaft, kein Bereich unseres tag-täglichen Lebens geht aus dieser unmittelbaren Herausforderung unverändert heraus.

Die Krise zeigt jedoch auch, wir in Deutschland, wir in Nordrhein-Westfalen, haben starke, robuste und leistungsstarke Strukturen und vor allem ein hohes Maß an gesellschaftlichem Engagement unserer Menschen.

Der Umgang mit Corona hat gezeigt: Wir können in unserem Land auch mit schwierigen Situationen umgehen. Wir sind eben keine Schönwetterdemokratie. Nein, auch in stürmischen Zeiten funktioniert unser Staat und unsere Gesellschaft. Ein Blick in andere Regionen der Welt zeigt weitaus größere Verwerfungen mit all ihren negativen Folgen.

Waren wir in der Vergangenheit nicht allzu eifertig bereit, auf die Politik zu schimpfen? Waren wir nicht zu kritisch mit Vielem, was wir uns in Deutschland aufgebaut haben?

Nein, das ist kein Plädoyer des Selbstlobes und des Weiter so. Schaut man aber auf andere Länder in Europa oder der Welt, so zeigt sich schnell: So schlecht aufgestellt waren und sind wir in Deutschland dann wohl doch nicht. Die Politik hat in der Vergangenheit kluge Entscheidungen getroffen. Das Festhalten an der Schwarzen Null, an einer Politik des Maßhaltens auch in finanziell guten Zeiten, hilft uns heute sehr. Der Staat trägt einen großen und beachtenswerten Teil zur Überwindung der Krise bei. Aber er ist nicht allzuständig, er kann nicht alles übernehmen. Wir alle, jeder Einzelne von uns, ist gefordert, diese Situation zu meistern.

Denn klar ist: Das Virus ist nicht besiegt. Es wird bleiben, es geht vorerst nicht aus unserem Alltag weg.

Wir dürfen nicht leichtfertig werden. Dafür steht zu viel auf dem Spiel. Es muss uns klar sein, dass wir lernen müssen, mit dem Virus zu leben, um in eine neue Art von Normalität zurückkehren können. Es wird nichts mehr so sein wie es war. Es gibt keine Normalität, wie wir sie vor der Corona-Zeit hatten. Es wird eine Corona-Normalität geben. Jeder Einzelne wird Hygienestandards und das Abstandgebot einhalten müssen.

Lassen Sie uns gemeinschaftlich diesen Weg der Vernunft weitergehen und die Schutzmaßnahmen weiter aufrecht erhalten. Die Rückkehr in den normalen Alltag, sie wird nicht morgen gelingen, leider. Aber es wird gelingen, wenn wir gemeinsam anpacken und das Erforderliche umsetzen. Gemeinsamkeit ist das Gebot der Stunde.

Ihr
Josef Hovenjürgen Mdl



Bei uns in NRW 01/20

WIR KÖNNEN, WAS WIR TUN.



PERSONALSUCHE.

PERSONALAUSWAHL.

PERSONALENTWICKLUNG.

zfm steht für Verantwortung, Präzision und Kontinuität.
Seit über 25 Jahren Ihr Experte für den öffentlichen Sektor!



Zentrum für Management- und Personalberatung
Edmund Mastiaux & Partner | Bonn

Weitere Informationen zum zfm finden Sie unter

www.zfm-bonn.de





**Was füreinander da sein bedeutet,
zeigt sich vor allem, wenn es schwierig wird.**

Auch in der aktuellen Krise sind wir da: mit Abstand und doch ganz nah. Mit digitalen Services und telefonischer Erreichbarkeit. Mit Sicherheit und schneller Hilfe, wenn es schwierig wird.

www.signal-iduna.de
fuereinanderda@signal-iduna.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen